:antifaschistische nachrichten **Nr. 4**

g 3336 24.2.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Gleich an zwei Wochenenden stand Dresden im Blickpunkt von Antifaschisten. Anlass waren mehrere Großveranstaltungen, die Neonazis in Erinnerung an die Bombardierung der Stadt 1945 angemeldet hatten. Nachdem im letzten Jahr Tausende Antifaschistinnen den europaweit größten Naziaufmarsch durch Blockaden erfolgreich verhindert hatten, wollten dieses Jahr die Neonazis um jeden Preis marschieren. Dagegen mobilisierten wiederum Tausende Antifaschistinnen.



Dresden im Februar 2011

von Jens Thöricht und Peter Conrady

Tag 1 – der 13. Februar

Neben den Neonazi-Aufmärschen steht ebenfalls das „offizielle“ Gedenkritual der Stadt Dresden in der Kritik. Zu offensichtlich wurde hier in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit der Bombardierung Dresdens in Frage gestellt. Es entwickelte sich eine Erinnerungskultur, die vielfache Überschneidungspunkte zu den Neonazis aufweist.

Und so führte die LINKE DRESDEN am Morgen des 13. Februar eine alternative Gedenkveranstaltung durch. An der am Bahnhof Dresden-Neustadt angebrachten Tafel zum Gedenken an die deportierten Jüdinnen und Juden wurde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In Redebeiträgen setzten VertreterInnen verschiedener linker Organisationen mit der Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Erinnerungspolitik auseinander.

„Auch 66 Jahre nach Kriegsende darf das Leid, dass Deutschland mit dem 2.Weltkrieg über die Welt gebracht hat nicht ad acta gelegt werden. Es waren die Alliierten, die dem Vernichtungskrieg und der Ermordungen von Millionen von Menschen ein Ende setzen.“, so Hans-Jürgen Muskulus, Stadtvorsitzender der Dresdner LINKEN.

Mit dem Gedenkakt setzte DIE LINKE einen Kontrapunkt zur Ausgestaltung der offiziellen Gedenkveranstaltungen am 13. Februar, insbesondere zur zeitgleich stattfindenden städtischen Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof. Dort gedachten den Opfern der Bombardierung neben VertreterInnen demokratischer Parteien und Landespolitikern auch 100 Nazis. Gestört wurden sie von 60 Menschen, denen es gelungen war, auf den Friedhof zu kommen und dort mit Transparenten, Flyern und einem Redebeitrag eine Kundgebung gegen das Gedenken abzuhalten. „Wir sind nicht gewillt, das relativierende oder gar revisionistische Gedenken hinzunehmen. Gedenkfrei statt Opfermythos und NS-Relativierung“, so Susen Blum, Sprecherin der Initiative »Keine Versöhnung mit Deutschland«. Nach einigen Minuten wurden die DemonstrantInnen durch die Polizei vom Friedhofsgelände gedrängt.

Ebenfalls zeitgleich rief das Bündnis „Dresden Nazifrei“ zu einem Mahngang unter dem Titel „Täterspuren“ auf. Ziel war es, deutlich zu machen, wo in Dresden TäterInnen des Nationalsozialismus gewirkt haben.

Damit sollte an die Ursachen von Faschismus und Krieg erinnert und sich gegen die „Veropferung“ der TäterInnen gestellt werden. Die Stadt Dresden hatte die „Täterspuren“ verboten. Trotzdem kamen 300 Menschen zusammen.

Neben Antifaschistinnen und Bürgerinnen demonstrierten auch der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter, der sächsische Linken-Fraktionschef Andrè Hahn und der Grüne-Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler, dass sich die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus nicht verbieten lässt. Nachdem die Polizei eine Spontankundgebung untersagte und Platzverweise erteilte, erklärte Schröter: „Ich bin bereit, die Konsequenzen meines zivilen Ungehorsams auf mich zu nehmen. Die Toten von Dresden erwarten es von mir. Sie erwarten es von uns allen.“.

An einer Menschenkette durch die Innenstadt beteiligten sich am frühen Nachmittag etwa 15.000 Menschen. Dazu hatte die Stadt Dresden neben den demokratischen Parteien und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgerufen. Nachdem diese beendet war, zogen mehrere Tausend zum geplanten Treffpunkt der Neonazis am Hauptbahnhof und beteiligten sich an den Blockaden, die rund um den Bahnhof und auf der geplanten Demonstrationsroute sich befanden.

Die Neonazis konnten somit nur eine verkürzte Strecke nutzen. An dem von der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) angemeldeten „Trauermarsch“ beteiligten sich etwa 1.800 Neonazis, die vorrangig aus dem Spektrum der „freien Kräfte“ stammten.

Tag 2 – der 19. Februar

Am darauffolgenden Samstag, dem 19. Februar, stand für die Neonazis nicht die Erinnerung im Vordergrund.

weiter Seite 2

Aus dem Inhalt:

Hier ging es ihr darum, nach dem gescheiterten Großaufmarsch 2010 um jeden Preis durch Dresden marschieren zu können. Dazu hatten sie zeitweise sechs Kundgebungen und Demonstrationen angemeldet und waren so offenbar der Meinung, diese könnten nicht alle blockiert werden. Nach einem juristischen Hin und Her und dem leider schon gewohnten nazifreundlichem Agieren der zuständigen Dresdner Ordnungsbehörde war erst am Freitag Abend endgültig klar, dass drei verschiedene Kundgebungen, eine davon mit Demonstration, für die Neonazis genehmigt waren. Die Behörden verfolgten dabei das Konzept, Neonazis und GegendemonstrantInnen auf den beiden Elbseiten voneinander zu trennen. Gegenveranstaltungen in Nähe der Neonazis waren verboten worden. Doch schon am frühen Morgen wurde klar, dass die völlig überforderte Polizei mit dieser Strategie gescheitert war. Schon um neun Uhr hatten Tausende AntifaschistInnen verschiedene Orte in der Stadt besetzt. Dabei mussten sie immer wieder auf das überzogene und teilweise brutale Agieren der Polizei reagieren.

Etwa 800 Neonazis versammelten sich am Hauptbahnhof, konnten von dort aus aber nicht zu ihrem geplanten Kundgebungsort in der Nähe gelangen, da der Bahnhof von Antifas blockiert war. Am Abend fuhren von hier etwa 500 Neonazis entnervt nach Leipzig, um dort spontan zu demonstrieren.

Das scheiterte ebenfalls an Hunderten kurzfristig mobilisierten AntifaschistInnen.

Etwa 1.000 Neonazis fuhren gleich mit ihren Bussen nach Freital bei Dresden und zogen von dort aus zu Fuß nach Dresden. Sie trafen in Dresden-Plauen mit weiteren Neonazi-Großgruppen zusammen und versuchten bis in die Abendstunden eine Demonstration durchzusetzen. Ein paar Hundert Neonazis waren zuvor von der Polizei unbehelligt durch die Randbezirke Dresdens gezogen. Offenbar gezielt griffen sie dabei ein linksalternatives Hausprojekt an. Unter den Rufen „Wir kriegen euch alle“ warfen sie Steine auf das Haus, zerstörten fast die komplette Fensterfront des Hauses und geparkte Autos. Während des Überfalls wurden sie von Polizisten beobachtet, die aber nicht einschritten.

Nachdem deutlich geworden war, dass die Neonazis vom Hauptbahnhof unverrichteter Dinge abziehen müssen, konzentrierte sich das Geschehen in Dresden-Plauen. Angesichts der Übermacht von Tausenden entschlossenen GegendemonstrantInnen war klar, dass die Neonazis nicht laufen könnten.

Dennoch versuchte die Polizei eine Neonazi-Demonstration von Dresden-Plauen aus durchzusetzen. Erst nachdem tausende AntifaschistInnen in unmittelbare Nähe zu den Neonazis gelangt waren und es teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen war, entschloss sich die Polizei die Neonazis aus der Stadt zu bringen. Die extrem aggressiv auftretenden Neonazis hatten zuvor versucht aus der Polizeiabsperrung auszubrechen und dabei auch Beamte angegriffen. Sie scheiterten jedoch an die AntifaschistInnen im Umfeld.

Bis zum Abend dann hatte die Polizei die verbliebenen Neonazis zur S-Bahn nach Freital bzw. zu ihren Bussen eskortiert. Damit war es auch am 19. Februar den Neonazis nicht gelungen, in Dresden einen Großaufmarsch erfolgreich durchzuführen.



Nachgetreten

Der Erfolg des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ war den Behörden offenbar ein Dorn im Auge. So überfiel am Abend ein Sondereinsatzkommando der Polizei das Pressebüro des Bündnis. Dabei drangen die Beamten in die Räume des Jugendvereins „Roter Baum“ ein, wo das Büro untergebracht war, aber auch in angrenzende Räume der Dresdner LINKEN, eine Privatwohnung und eine Rechtsanwaltskanzlei. Sie zerstörten etwa 20 Türen, obgleich diese nicht alle verschlossen waren, sie beschlagnahmten Rechner und Handys. Die teilweise unbeteiligten zufällig Anwesenden und die AktivistInnen der Pressegruppe wurden gezwungen sich bis auf die Unterwäsche auszuziehen und bis in die Morgenstunden in Polizeigewahrsam verbracht. Als rechtliche Grundlage berief sich die Polizei, die während der Razzia MedienvertreterInnen und Politikern der LINKEN in ihrer Arbeit massiv behinderte, auf einen „Mündlichen Durchsuchungsbefehl“ einer Dresdner Richterin. Angeblich würden sie wegen „Anstiftung zu Straftaten“ und anderem ermitteln.

Es wird im Nachhinein zu klären sein, dass dieser Vorwurf jeder Grundlage entbehrt und nur ein besonders übles Nachtreten seitens der Behörden darstellt. Den Erfolg, den das Bündnis von AntifaschistInnen aus ganz Deutschland und Europa erzielte, kann es nicht schmälern. Der Neonazi-Großaufmarsch wurde zum zweiten Mal in Folge erfolgreich verhindert. ■

Gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus zum Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden

Mit großer Sorge verfolgen wir das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus und insbesondere des Neofaschismus in Deutschland. Es ist besorgniserregend, dass Neonazis offen und vielfältig ihre menschenverachtenden Ideen und Auffassungen unter dem Mantel der Demokratie zur Schau stellen können, während Antifaschisten, die sich diesem braunen Spuk in den Weg stellen, kriminalisiert werden.

Dass dabei das Gedenken an die barbarischen Bombenangriffe vom 13. Februar 1945 auf Dresden missbraucht wird, macht uns besonders nachdenklich.

Dafür sind Millionen Kameraden nicht in den faschistischen Konzentrationslagern in den Tod gegangen, haben unzählige Widerstandskämpfer während der braunen Barbarei nicht Folter und Tortouren überstanden, ohne ihren Glauben an Demokratie und Menschlichkeit, an eine bessere Zukunft, ein friedliches Miteinander, zu verlieren!

Getreu dem Schwur unserer Kameraden von Buchenwald werden wir nicht eher ruhen, bis der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit errichtet ist.

Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich den Neonazis in Dresden entschlossen entgegen zu stellen.

Verhindert mit allen demokratisch legitimierten Mitteln den Naziaufmarsch am 19. Februar 2011 durch Dresden! Dresden soll nazifrei werden! Protest ist das Gebot der Stunde. **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

CSBS - Ceský Svaz Bojovniku za Svobodu
und Verband der Verfolgten
des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. Sachsen

Prof. Hans Lauter, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA, Zuchthaus, Moorsoldat ● Andela Dvoráková, Präsidentin CSBS ● Frido Seydewitz, Ehrenvorsitzender des VVN-BdA Sachsen, Emigration, GULAG ● Libuše Nachtmannová, Überlebende KZ Ravensbrück ● Ruth Burse, Überlebende KZ Theresienstadt ● Vojmir Srdecny, Überlebender KZ Sachsenhausen ● Justin Sonder, Überlebender KZ Auschwitz ● Antonín Hnilicka, Überlebender KZ Mauthausen

Herausgeberwechsel

Martensrade/Recklinghausen. Nach dem Tod von Hans-Joachim Ilgner, dem langjährigen Herausgeber der revanchistischen Wochenzeitung „Der Schlesier“, ist das Blatt von dem Inhaber des einschlägig rechten „Arndt-Verlags“, Dietmar Munier, übernommen worden. Damit konnte Munier eine weitere traditionsreiche Publikation der extremen Rechten in Deutschland erwerben. Neuer Redakteur der weitgehend unverändert erscheinenden Zeitung ist Olaf Haselhorst. Der 1963 geborene Historiker, zuletzt als Übersetzer in Hamburg tätig, war 12 Jahre bei der Bundesmarine. Beiträge von Haselhorst erschienen in der Vergangenheit u.a. in der „Sezession“ des „Institut für Staatspolitik“, im „Deutschen Soldatenjahrbuch“ und in „Militär & Geschichte“. 2009 wurde Haselhorsts Buch „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71“ im Grazer „Ares-Verlag“ veröffentlicht. Zur Redaktion der Zeitung gehört auch Herbert Jeschioro vom „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“.

In der letzten Ausgabe der Zeitung, von der sich die „Landsmannschaft Schlesien“ wegen deren Rechtslastigkeit 1988 trennte, wurde mit Sabine Wolf aus Thüringen ein Bundesvorstandsmitglied der „Schlesischen Jugend“ interviewt.

hma ■

Zeitschrift eingestellt

Pfaffenhofen. Wie das rassistische Internetportal „PI-News“ berichtet, wird die im Umfeld der „Jungen Freiheit“ erscheinende Zeitschrift „Gegengift“ aus „wirtschaftlichen Gründen“ eingestellt. Die bislang vierzehntätig erscheinende Zeitschrift, die „den Spagat zwischen unvergänglichen Werten und einer modernen Gesellschaft“ wagen wollte, musste schon einmal aufgeben. Auf „PI-News“ wird bedauert, dass es nun „eine konservative Stimme weniger“ gibt, hatten doch zahlreiche Autoren der Zeitschrift ihre „qualitativ hochwertigen Artikel vorab“ auf „PI-News“ veröffentlicht. *hma* ■

Ausstellung ausgefallen

Bernburg. Die Ausstellung des „Bund der Vertriebenen“ (BdV) mit dem Titel „Die Vertreibung der Deutschen“ wird nicht in den Räumen der NPD in Bernburg gezeigt. Der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt hat im Zuge einer juristischen Auseinandersetzung mit dem BdV eine entsprechende Unterlassungsverpflichtungserklärung unterzeichnet. Den örtlichen BDV-Kreisverband, der der NPD die Ausstellung zur Verfügung stellen wollte, bezeichnete der BdV-Bundesverband als „nicht existent“. *hma* ■

Dubiose Kinderfreunde

Krefeld. Etwas 230 Personen beteiligten sich am 12. Februar in Krefeld an einer auf Facebook initiierten Demonstration „für gerechte Strafen bei Delikten an Kindern“. Auch etwa 30 Neonazis, darunter bekannte NPD-Aktivisten, nahmen mit einem Transparent mit der Aufschrift „Todesstrafe für Kinderschänder“ an der Demo teil, die von etwa 250 Polizisten geschützt wurde. Die Präsenz der Nazis mit Sprechchören wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ und „Wer Kinder nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ führte dazu, dass fast die Hälfte der TeilnehmerInnen die Demo angewidert vorzeitig verließen. Auf der Hälfte des Weges lösten die Anmelder die Demo auf. Sowohl die 30 Nazis als auch die etwa 100 verbliebenen Teilnehmer meldeten daraufhin spontan jeweils eine eigene Demo an. Am Rande des Geschehens hatten AntifaschistInnen Flugblätter verteilt.

Bereits zuvor hatten sich Neonazis aus der Region an einem Schweigemarsch für den ermordeten Mirco in Grefrath beteiligt und eine Mahnwache in der Viersener Innenstadt durchgeführt. *hma* ■

Vogelsang als Ort der Täter bisher nur ungenügend vermittelt

Köln/Vogelsang. Mit einer Filmklappe gab am Sonntag dem 13. Februar 2011 NRW-Bauminister Harry K. Voigtsberger das symbolische Startsignal zum Beginn der Baumaßnahmen rund um das Forum Vogelsang im Nationalpark Eifel. Unter den fast 300 Gästen, die beim feierlichen Auftakt der Baumaßnahmen dabei waren, befanden sich auch mehrere Vertreter der LINKEN, unter anderem Ulrike Detjen und Dieter Meurer als politische VertreterInnen im Landschaftsverband Rheinland, Franz Josef Mörsch von der Kreistagsfraktion in Euskirchen und Jörg Detjen, Ratsmitglied in Köln.

Der erste Bauabschnitt soll das Vogelsang-Kino als vorläufiges Besucherzentrum für die inzwischen mehr als 200.000 Gäste jährlich tauglich machen.

In weiteren Bauabschnitten wird das Forum Vogelsang neben einer Nationalparkausstellung und einem „regionalen SchauFenster Eifel-Ardennen“ auch eine umfangreiche NS-Dokumentation erhalten.

Über 42 Millionen Euro sollen mit erheblicher Beteiligung der EU, von Bund und Land NRW bis 2014 investiert werden. Größter Gesellschafter der vogelsang ip gemeinnützige GmbH ist der LVR. Weitere Gesellschafter sind der Kreis Euskirchen, die Städteregion Aachen, der Kreis Düren, die Stadt Schleiden, der Kreis Heinsberg und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Ulrike Detjen, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Landschaftsversammlung Rheinland, erklärt zum Start der Bauarbeiten: „Seit über fünf Jahren ist nach jahrzehntelanger militärischer Nutzung durch die belgischen Streitkräfte einer der größten nichtmilitärischen Bau-Komplexe der Nazis für Besucher geöffnet. Seitdem kamen fast 1 Million Besucher. Es ist zu begrüßen, dass jetzt endlich der notwendige Rahmen für ein Dokumentationszentrum zur kulturellen und politischen Bildung geschaffen wird, wo die Rolle der „Ordensburg“ Vogelsang in der Nazizeit angemessen erläutert wird. Vogelsang ist bisher als historischer Ort der Täter nur ungenügend vermittelt.“

Bereits jetzt wird der internationale Platz Vogelsang für Seminare über die NS-Zeit von mehr als 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt. Mit zwei Lehrkräften vor Ort besteht auch die Möglichkeit außerschulischen Unterricht in Vogelsang durchzuführen.

14.2.2011 Pressemitteilung DIE LINKE im LVR ■



Der alte Kinosaal in Vogelsang

Fördermittel für ehemaligen Wehrsportgruppen-Führer

KOHREN-SAHLIS. Mehr als 130.000 Euro hat der ehemalige Führer der 1980 als verfassungsfeindlich verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann in den Jahren 2005 – 2007 als Fördermittel des Freistaates Sachsen erhalten. Das ergab jetzt eine Kleine Anfrage der Grimmaer Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (LINKE). Der 1984 zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren und sechs Monaten u.a. wegen Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz verurteilte Karl-Heinz Hoffmann hatte das Geld im Rahmen der Pflege und Erhaltung von Kulturdenkmalen für das Rittergut Sahlis erhalten. Nach dem Erwerb war befürchtet worden, dass das Anwesen zum Treffpunkt für Neonazis werden konnte, da es wegen des früheren Eigentümers, des NS-Dichters Börries von Münchhausen, Symbolkraft für diese Szene hat.

„Ich finde er empörend", so Köditz, „dass öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe in die Taschen von Neonazis fließen. Und ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass eine Rückforderung über unberechtigt geflossene Gelder von immerhin knapp 17.000 Euro von der Staatsregierung erst im Jahr 2010 geltend gemacht wird. Wenn die Behörden fast drei Jahre brauchen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass Fördermittel falsch eingesetzt wurden, dann ist das ein Schlag ins Gesicht all jener, die vor allem auf sozialem Gebiet unter den Mittelkürzungen der Staatsregierung zu leiden haben."

Nach ihren Erfahrungen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz sei es auch wenig beruhigend, wenn auf ihre Anfrage erklärt werde, zur Nutzung des Rittergutes durch Neonazis lägen keine Erkenntnisse vor. Immerhin hätten unmittelbar nach dem Auftritt Hoffmanns in Sachsen und Thüringen mehrere Haussuchungen bei Teilnehmern seines Vortrags wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz stattgefunden. „Die Neonazis scheinen wegen meiner Kleinen Anfrage beunruhigt zu sein", erläutert die Linken-Politikerin weiter. „Noch vor der Beantwortung durch die Staatsregierung erhielt ich eine Mail von Hoffmann selbst. Einziger Inhalt war scheinbar, dass er über meine Anfrage informiert sei." Kenner der Szene, so Köditz, sehen in der Mail eine versteckte Drohung.

PM Kerstin Köditz, MdL, 10.2.2011 ■

Nazischmierereien in Wunstorf

Neonazis haben in Wunstorf auf ihre Weise mit Farbschmierereien an die Zerstörung Dresdens erinnert. Bei der Bombardierung Dresdens habe es sich um Völkermord gehandelt, behaupten die Nazis. Auf diese Weise soll – wie üblich – von der Verantwortung des NS-Regimes für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, vom Mord an den europäischen Juden und von weiteren Massenverbrechen abgelenkt werden.

Dass ausgerechnet in Wunstorf versucht wird, mit der Erinnerung an Dresden deutsche Verbrechen zu relativieren, demonstriert deutlich die Geschichtsvergessenheit und Demagogie der Neonazis. Denn aus Wunstorf kamen Bomberbesatzungen, die zuvor Guernica, Coventry und andere Städte in Schutt und Asche gebombt, die sich ohne Skrupel am Angriffskrieg gegen europäische Nachbarländer beteiligt hatten. Gerade in Wunstorf dürfte es schwierig sein, einen deutschen Opferkult zu inszenieren. Warum passiert es dennoch?

Unserer Meinung nach tragen sowohl die Stadt Wunstorf als auch das auf dem Fliegerhorst Wunstorf stationierte Lufttransportgeschwader der Bundeswehr Mitverantwortung für diese Geschichtsvergessenheit. Bereits in den 1980er Jahren wurden eine Städtepartnerschaft mit Guernica und die Umbenennung der Boelckestraße in Guernicastraße verhindert. In der JU 52-Halle und in den durch die Stadt gesponserten Chroniken zur Geschichte des Fliegerhorstes bleiben die verheerenden Einsätze der Wunstorfer Bombereinheiten während des Zweiten Weltkrieges bis heute unerwähnt. Wer jahrelang eine Geschichtspolitik betreibt, in der die Verbrechen der deutschen Luftwaffe vertuscht werden, sollte sich über das, was jetzt passiert ist, nicht wundern.

Arbeitskreis Regionalgeschichte e.V.
www.ak-regionalgeschichte.de ■

Keine Stimme der NPD

FREIBURG. In Freiburg scheiterte die NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2006 an der Sammlung der Unterstützungsunterschriften und war deswegen nicht einmal auf den Freiburger Wahlzetteln vertreten. Eine konspirativ beworbene Hinterzimmerveranstaltung führte 2007 lediglich dazu, dass die wenigen aktiven Nazis enttarnt und geoutet wurden. Durch eine Social Engineering-Kampagne konnte die NPD nachhaltig verunsichert werden und trat daraufhin nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Im Jahr 2008 kostete die Teilnahme an einer Naziveranstaltung einen CDU-Stadtrat die Wiederwahl. Ende des Jahres wurde ein Lokaljournalist wegen Nazipropaganda vom Stadtkurier entlassen. Das Outing des Freiburger NPD-Vorsitzenden John Bürgel führte im Juli 2009 zur Auflösung des NPD-Kreisverbands Freiburg-Südlicher Oberrhein.

Dennoch hat die NPD in Freiburg und Umgebung Kandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011 aufgestellt. Für den Wahlkreis 46 Freiburg I kandidiert Thomas Stöckle aus Kehl. Sein Stellvertreter ist Norbert Soffa, Spaichingen. Im Wahlkreis 47 Freiburg II hat die NPD den Anmelder der Nazikundgebung am 23. Oktober 2010, Florian Stech aus Offenburg aufgestellt. Zweiter Kandidat ist Benjamin Stein aus Murrhardt, der gleichzeitig Hauptkandidat im Wahlkreis 17 Backnang ist. Auch bei den weiteren Wahlkriesen ist auffällig, dass keiner der Freiburger Kandidaten auch nur in der Nähe seines Wahlkreises wohnt.

Um gegen den Antritt der NPD bei den Landtagswahlen zu protestieren, ruft das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden-Württemberg für den 19. März 2011 zu einer Demonstration in der Nazihochburg Villingen-Schwenningen auf.

Autonome Antifa Freiburg
http://www.autonome-antifa.org/ ■

Graue Wölfe feierten in Fürth!

FÜRTH. Im vergangenen Jahr, am 25.12.2010, fand bereits zum dritten Mal ein so genanntes Folklorefest der Türkischen Föderation statt. Die Türk Federasyonu ist der deutsche Ableger der extrem rechten Partei der nationalistischen Bewegung (MHP), deren Mitglieder sich als Graue Wölfe bezeichnen. Dieses Sammelbecken türkischer Faschisten machte vor allem in den 1980er Jahren durch Anschläge und Kommandoaktionen von sich reden. Genannt seien hier vor allem die Ermordung des Gewerkschafters und Lehrers Celattin Kesim am 5.1.1980 in West-Berlin so wie das Massaker von Karahmanmaras, bei dem im Zeitraum zwischen dem 19.12. bis 26.12.1978 mehrere hundert Menschen getötet wurden. Unter ihnen überwiegend Aleviten und Linksgerichtete.

Trotz Bedenken von Verfassungsschützern und Extremismusexperten konnte dieses Treffen, an dem etwa 1000 Menschen teilnahmen, stattfinden. Zwar stimmten alle Mitglieder des Stadtrats am 15.12.2010 für einen Antrag der Grünen, sich zukünftig von den Grauen Wölfen und deren Veranstaltungen zu distanzieren, dem Antrag der Linken auf eine sofortige Kündigung des Vertrages mit dem Verein und Tarnmieter Bezim Ocak wurde jedoch nicht stattgegeben. Das Ordnungsamt Fürth führte dafür finanzielle und verwaltungsrechtliche Gründe an und verwies auf den gültigen Mietvertrag.

Dieses Nichthandeln auf Fürther Ebene und das Verharmlosen der Faschisten der Milliyetci Hareket Partisi (MHP) von Seiten der CDU/CSU verlangte nach Widerstand. Folgerichtig gab es eine Demonstration gegen das „Kulturfest". An dieser beteiligten sich die Antifaschistische Linke Fürth (ALF), die Partei DIE LINKE und die Alevitische Gemeinde.

ane ■

„Marsch für die Freiheit“: Europas Rechte hält sich zurück

Köln. Eine der hervorstechendsten Eigenschaften von pro Köln und ihrem landesweiten Ableger pro NRW ist deren nicht zu übertreffende Großmäuligkeit, die selbst von den eigenen Anhänger(inne)n in deren interner Kommunikation kritisiert wird. Da ist es durchaus normal, wenn Zahlen von Teilnehmer(inne)n an irgendwelchen Aktionen mal eben verdreifacht werden. Die führenden Funktionäre der rassistischen Gruppierungen schrecken nicht einmal davor zurück, Phantasiezahlen in die Medienwelt zu setzen, wenn ein gleichzeitig von pK veröffentlichter Film diesen Zahlen deutlich widerspricht (wie beispielsweise die Dokumentation einer eher wirren Rede Jörg Uckermanns anlässlich des Richtfestes der Kölner DITIP-Moschee). „Lieber blamiert, als gelangweilt“ scheint als neue Richtschnur der pK-Pressearbeit zu gelten.

Ähnlich scheint es auch bei der Werbung für die heuchlerisch und verlogen „Marsch für die Freiheit“ genannte, provokativ auf den 7. Mai gelegte, geplante „Großdemonstration“ zuzugehen. Großspurig wird verkündet, dieses Ereignis werde in ganz Europa unterstützt. Schaut man sich die Unterzeichner(innen) des Aufrufs genauer an, wird man sofort feststellen können, dass es sich auch bei dieser Behauptung in erster Linie um einen großangelegten Etikettenschwindel handelt: Unterstützt wird die geplante Zusammenrottung vor allem von den pk- bzw. pNRW Freunden, die auch für die beiden Vorgängeraktionen ihre Namen zur Verfügung stellten: An großen Organisationen handelt es sich dabei um die österreichische FPÖ (vertreten durch Parteichef Heinz Christian Strache, den Abgeordneten des Europaparlaments Andreas Mölzer und zwei weiteren Parteifunktionären) und den belgischen Vlaams Belang, für den vor allem Filip Dewinter, Fraktionvorsitzender der Organisation im flämischen Regionalparlament steht.

Der Rest ist, zwar nicht Schweigen, aber doch deutlich weniger prominent: Mit Jacques Cordonnier von Alsace d Abord (Das Elasss zuerst), Annick Martin, der Vorsitzenden des Mouvement National Republicaine (Nationale Republikanische Bewegung) und Robert Spieler von der Nouvelle Droite Populaire (etwa Neue Volksrechte) mobilisieren gleich drei „Spitzenfunktionäre“ französischer rechter Splitterparteien. Vom ungleich größeren Front National liest man dagegen nichts. Ebenfalls nicht genannt werden die Schweizer Volkspartei, die Dänische Volkspartei, die Schwedendemokraten oder die italienische Lega Nord – alles Parteien, deren ideologische Präferenzen eigentlich bei pro Köln/pro NRW liegen müsste. Allerdings scheint es sich bei der offensichtlichen Zurückhaltung auch weniger um eine inhaltliche Frage zu handeln, in Punkto Rassismus und Islamfeindlichkeit stehen die Gruppen nicht hintereinander zurück, sondern eher darum, mit dem, was öffentliche Aktionen anbelangt, notorisch erfolglosen Kölner(inne)n um Markus Beisicht nur ungern in einen Topf geworfen werden zu wollen.

Damit diese Erfolglosigkeit auch weiterhin anhält, machen Antifaschist(inn)en bereits jetzt gegen den für Mai geplanten Aufmarsch mobil: Unter dem Motto „Aufstehen – hinsehen – dazwischen gehen“ rufen sie auf, die Demonstration der Rechten wie im Jahr 2008 zu verhindern. Wir dokumentieren nachfolgend den Aufruf. *tri* ■

Aufstehen – hinsehen – dazwischen gehen! No go! – fürPro NRW in Köln am 7.Mai 2011 No go!– für den rassistischen „Marsch für die Freiheit“

Für den 7. Mai 2011 ist von „proNRW“ das nächste rechtspopulistische Großereignis angekündigt. Nachdem ihr „Anti-Islam-Kongress“2008 durch tausende GegendemonstrantInnen erfolgreich blockiert und verhindert werden konnte, gelang es auch 2009 breiten Widerstand gegen den 2. Anti-Islam-Kongress zu organisieren und ihn zur Farce werden zu lassen. Nach diesen Niederlagen haben die RassistInnen nun ihr Konzept zwar nicht inhaltlich aber von der Sprache und Aktionsform her geändert. Jetzt plant „ProKöln/NRW“ einen „Marsch für die Freiheit“. Die Marschroute“ soll von Köln-Deutz in die Kölner Innenstadt verlaufen. Gemeinsam mit anderen gleich gesinnten Parteien und Personen aus ganz Europa wollen sie damit wieder einmal gegen die angebliche „schleichende Islamisierung“ hetzen und gegen „Denkverbote“demonstrieren. Damit versucht die Gruppierung an die in der Mitte der Gesellschaft geführte Diskussion anzudocken. Von Sarrazin über Bildzeitung bis hin zum Spiegel wurden und werden unter dem Label der Islamismuskritik ausländerfeindliche Thesen verbreitet. „ProNRW“ nimmt die so erzeugte Stimmung dankend auf, versucht inhaltlich an dieser „Kritik“ anzuknüpfen und das entstandene Klima für die eigenen rassistischen und rechtspopulistischen Aussagen zu nutzen. Unter dem Deckmantel der „Meinungsfreiheit“ und „für die Demokratie“ soll mit diesem Marsch jegliche Kritik an ihrem unmenschlichen Menschen- und rechten Weltbild als Angriff auf die Meinungsfreiheit dargestellt werden.

Doch: Es gibt kein Recht auf Rassismus!

„ProNRW“ ist keine harmlose Bürgerbewegung, sondern eine Ansammlung von RassistInnen der rechtspopulistischen Sorte.

Sorgen wir am 7. Mai gemeinsam dafür,dass auch dieser „Marsch“ in Köln ins Wasser fällt.



Filmvorführung am Mittwoch, 2. März 2011 um 19.00 Uhr Kulturzentrum Frankental, Stolberg

Zum Gedenken an die siebenunddreißig Stolberger Roma, die vor 68 Jahren von den Nazis deportiert und in Auschwitz ermordet wurden

Gedenken an die siebenunddreißig Stolberger Roma, die vor 68 Jahren von den Nazis deportiert und in Auschwitz ermordet wurden.

18.00 Uhr Hauptbahnhof Stolberg, Gustav-Wassilkowitsch-Platz: hier wird ein großes Foto des Denkmals zum Gedenken an die Deportation Stolberger Roma am 2.3.1943 angebracht. Das Denkmal selbst muss während der Umbaumaßnahmen am Bahnhof gesichert werden.

19:00 Uhr Kulturzentrum Frankental:

- kurze Ansprachen von Vertretern der Gruppe Z, der VVN-BdA Aachen, Romani Rota sowie der Stadt Stolberg
- Film: „Auf Wiedersehen im Himmel. Die Sinti-Kinder von der St. Josefspflege.“
- Gedichtvortrag durch Pjer Alievski
- Ausgrenzung, Ausweisung und Diskriminierung von Roma heute

Der Film „AUF WIEDERSEHEN IM HIMMEL“ beschreibt ungeschminkt das Schicksal von vierzig Sinti- und Roma-Kindern auf ihrem Weg in die Vernichtung. Nur vier Kinder überlebten.

Eine Veranstaltung der Gruppe Z- Stolberg, der Gruppe Romani Rota aus Stolberg und der VVN-Bund der Antifaschisten Kreisverband Aachen zum Gedenken an die 37 Stolberger Roma, die vor 68 Jahren von den Nazis deportiert und in Auschwitz ermordet wurden. ■

Obwohl es jede Menge technischer Probleme gab, kann m.E. eine vorsichtig positive Bilanz des Weltsozialforums in Dakar gezogen werden.

Mehrere zehntausend Menschen nahmen teil – die Eröffnungs-Demo war schlicht faszinierend. Viele afrikanische Länder waren präsent und es gab einen ernsthaften Ideenaustausch zwischen dem Norden, Osten und Süden. Viele TeilnehmerInnen berichten von spannenden Debatten – oft auf einem hohen Niveau.

Der aktuelle revolutionäre Prozess in Ägypten und Tunesien und die Proteste in vielen anderen arabischen Ländern standen mehrmals im Mittelpunkt der Diskussionen.

Die gesamte Spannweite der ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen des Kapitalismus kam zur Sprache. U.a. gab es ein extrem interessantes Seminar über den internationalen Anstieg des Rechtsextremismus mit TeilnehmerInnen aus drei Kontinenten: die Schweizer Volkspartei Blochers wurde dabei ebenso analysiert wie die Tea-Party-Bewegung in den USA.

Zu erwähnen ist auch ein hervorragendes Seminar über die Grenzen des „Wachstums" – wie es von den Ideologen des Kapitalismus verstanden wird.

Es konnte auch eine Agenda für gemeinsame weltweite Aktionen in den nächsten Monaten festgelegt werden: u.a. der 20. März als Tag der internationalen Solidarität mit der Erhebung der arabischen und afrikanischen Völker.

Und ich denke, dass Dakar auch einen positiven Input darstellt , um die aktuelle Krise des Sozialforumsprozesses in Europa zu überwinden.

Mehr infos unter: www.fsm2011.org



Weltsozialforum in Dakar/Senegal:

Eine erste vorsichtig-positive Bilanz

Afrikanische Eindrücke

Im Zuge des WSF in Dakar/Senegal komme ich zum ersten Mal in meinem Leben nach Afrika.

Vor einigen Jahren wollte ich zum WSF nach Nairobi fahren. Dann war der OEGB-Kongress, die Gewerkschaftslinke hatte einen Auftritt vorbereitet und ich musste alles absagen. Diesmal schwor ich mir, dass mir Afrika nicht entgeht!

Als „gestandener Marxist" hat man/frau natürlich einen historischen Raster hinsichtlich des „schwarzen Kontinents" im Hinterkopf: Kolonialismus, Sklaverei, neokoloniale „Unabhängigkeit" – insbesonders in Senegal.

Aber all das zu sehen, hautnah zu spüren ist ein anderes Ding.

Formal ist das Land seit 1960 unabhängig. An der Oberfläche glitzert bürgerlicher Parlamentarismus (inklusive Senat).

Die Wirklichkeit liegt jedoch woanders.

Die Massenarmut ist mit Händen greifbar. Dakar hat heute gut 2,5 Millionen Einwohner – durch die Landflucht werden es immer mehr. Gleich an die Uni, in der das WSF stattfand, grenzt eines der zahlreichen Elendsviertel. Aber auch hier treibt die Allianz-Versicherung ihr Unwesen!

Western Union-Büros gibt es an allen Ecken und Enden – ein Indiz dafür, wie wichtig die Überweisungen der im Ausland Arbeitenden zum Überleben der Menschen hier sind.

Prekärer Straßenhandel prägt das Alltagsbild. Die Löhne sind schlicht katastrophal: ein Bauarbeiter (für das neue IBIS-Hotel) erzählt mir, dass er pro Tag umgerechnet 3 Euros bekommt. Aber auch in dem guten Hotel, in dem ich wohne, ist die Lage nicht besser: ein Ober verdient ohne Trinkgeld gerade mal 2 Euro pro Tag.

Kein Wunder, dass SenegalesInnen daher jede Gelegenheit benutzen, um mit AusländerInnen „ins Geschäft zu kommen". Auch die Voluntairs auf dem WSF setzen alles daran, sich ein wenig dazuzuverdienen.

Die Präsenz des französischen Imperialismus ist überall. Ökonomisch sowieso, aber nicht weniger militärisch: französische Gendarmerie und französische Truppen.

Im Plateau-Viertel im Zentrum residiert wie einst im Kolonialismus ein französischer General...



Bei all dem Elend und der ungebrochenen Präsenz des Imperialismus ist es nur natürlich, wie positiv die Reaktionen der Menschen hier auf den Abgang der Diktatoren in Tunesien und Ägypten ausfallen.

Einer der bekanntesten Rapper Senegals, der auch auf dem WSF auftrat, hat unmissverständlich den Abgang des senegalesischen Präsidenten Wade gefordert.

Lumumba ist nicht tot, ebenso wie Che in Lateinamerika nicht nur ein Symbol auf einem T-Shirt darstellt!

Wenn der schwarzafrikanische Kontinent voll erwacht, können sich die Imperialisten aller couleurs und ihre lokalen Schleppenträger warm anziehen.

Hermann Dworczak ■

Abschlusserklärung des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Eine großartige Demonstration der internationalen Solidarität

Weit mehr als 5000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner beteiligten sich am vergangenen Samstag an der Demonstration gegen die im Bayerischen Hof in München tagende NATO-Kriegstagung. Wie üblich hat die Polizei die Zahl der Demonstrationsteilnehmer nach unten gerechnet. Bis 5000 kann sie offensichtlich nicht zählen.

„Diesen NATO-Politikern, Kriegsstrategen und Waffenhändlern können wir unsere Sicherheit nicht überlassen", erklärte Walter Listl in der Eröffnungsrede der Demo-Organisatoren, „denn an ihren Händen klebt Blut, das Blut von Hunderttausenden Opfern ihrer Kriege gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und den Irak."

Die zentrale Forderung der Demonstration war der sofortige Abzug der Bundeswehr und aller NATO-Truppen aus Afghanistan. An der Demonstration und der Kundgebung beteiligten sich Gruppen aus Afghanistan, Äthiopien, Somalia und Ägypten. Und unter großem Beifall erklärten alle Kundgebungs- RednerInnen ihre Solidarität mit den Millionen Menschen, die in diesen Tagen für Demokratie und Menschenwürde kämpfen, die gegen die despotischen Regimes in ihren Ländern aufstehen.

Walter Listl, Sprecher des Aktionsbündnisses, bezeichnete das Gerede vom bevorstehenden Abzug der Bundeswehr als „eine Nebelkerze." Der Truppenabzug solle, wie Guttenberg und die NATO-Militärs erklären, erst beginnen, wenn es die Sicherheitslage erlaubt. „Das ist ein Hintertürchen so groß wie ein Scheunentor. Wir sagen: Die Bundeswehr und alle fremden Truppen müssen aus Afghanistan abziehen und dieser Abzug muss sofort beginnen."

„Unsere Demonstration", sagte Walter Listl, richte sich nicht nur gegen die Konferenz der Kriegsstrategen, sie sei auch „eine Demonstration der Solidarität mit den demokratischen Bewegungen und Revolten in Ägypten, in Tunesien, im Jemen und anderen arabischen Ländern. Diese Massenproteste geben ein Beispiel nicht nur für diese Region, sondern für den weltweiten Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung." Der Bundesregierung und den anderen NATO-Staaten warf er vor, dass sie „die Verbrecherregimes unterstützen." und sich jetzt mit Lippenbekenntnissen auf die Seite der Demonstranten stellen.

Auf der Schlusskundgebung sprachen Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, Sevim Dagdelen aus der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE sowie der Theologe und Psychoanalytiker Eugen Drewermann. Tobias Pflüger kritisierte die „brutale Doppelmoral", mit der die Bundesregierung mit den Protesten in den arabischen Ländern umgeht.

„Diejenigen, die in den arabischen Ländern an der Macht sind, wurden jahrzehntelang von den westlichen Staaten, insbesondere auch von Deutschland, gepäppelt und erhielten Waffen- und Polizeihilfe für die Repressionsapparate gegen die Bevölkerung." Im Bundestag werde immer noch erzählt, dass die Bundeswehr in Afghanistan sei, um die Menschen zu beglücken. „Nein, was die Bundeswehr macht, ist brutale Kriegspolitik, Besatzungspolitik. Die NATO verübt in Afghanistan Verbrechen und ich sage, dass es eine Verbrecherorganisation ist. Wir fordern deshalb den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ... Wir wollen nicht, dass die Bundeswehr für Wirtschaftsinteressen eingesetzt wird. ... .Wir wollen diese Kriegsarmee nicht, wir wollen dass die Bundeswehr Stück für Stück abgerüstet wird ... Wir wollen auch nicht, dass die Bundeswehr in den Schulen Propaganda betreibt. Schulfrei für die Bundeswehr!"

Auch Sevim Dagdelen übte scharfe Kritik an den diktatorischen Herrschern in den arabischen Staaten. Sie sagte:

„Nicht nur schwarz-gelb auch rot-grün hat die arabischen Diktatoren immer unterstützt. Die Mubaraks, die Ben Alis, die Könige aus Marokko, die Prinzen aus Saudi-Arabien waren und sind ihre besten Freunde. Und es ist höchste Zeit, hier endlich umzukehren und nicht weiter die Hand im Bundestag für Krieg und weltweite politische Unterdrückung zu heben. Gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, denn diese Mehrheit will keinen Krieg in Afghanistan.

Sie will keine Ausbildung von Kindersoldaten in Somalia und Äthiopien. Sie will nicht, dass in ihrem Namen weltweit Menschen unterdrückt oder für Kapitalinteressen leiden und regelrecht abgeschlachtet werden.

Die große Mehrheit der Bevölkerung will die Ausbeutung der so genannten Dritten Welt beenden. Die große Mehrheit will, dass nicht weiter eine Milliarde Menschen auf der Welt hungern, während wir ständig weltweit neue Waffen liefern! ... Wir stehen an der Seite dieser Mehrheit! Und deshalb sagen wir: Nein zu dieser Versammlung der Kriegsvorbereiter und Diktatorenunterstützer."

In seiner beeindruckenden Rede erklärte Eugen Drewermann: „Wir stehen hier auf dem Marienplatz in München, weil im Berliner Reichstag und im Bayerischen Hof Volksvertreter sitzen, die ihr Volk nicht vertreten. Nach 10 Jahren Morden in Afghanistan ist es das, was wir heute zu sagen haben: Raus aus Afghanistan und endlich ein Anfang wirklicher Friedenspolitik!

Jeder weiß, dass die Sicherheit von Europa oder Amerika nicht von Afghanen bedroht wird, seit mehr als 200 Jahren ist von diesem Land kein Krieg ausgegangen, aber Afghanistan hat fünf Kriege durch europäische Mächte erlebt".

Die Sicherheit, von der die Politiker immer reden, sei „nicht der Schutz der deutschen Bürger in In- und Ausland. Sicherheit ist Schutz unserer Finanz- und Wirtschaftsinteressen. Dafür zu morden, dafür zu sterben ist unwürdig eines jeden Menschen ... Doch der verlogen begründete Krieg wird verlogen weitergeführt.

Immer noch wird sogar noch im Bundestag erzählt, dass wir dabei sind, Brücken zu bauen, Brunnen zu bauen, Häuser zu bauen, Schulen zu bauen. Bitteschön, das könnten wir und täten wir tatsächlich nur dieses, Afghanistan wäre ein Paradies des Friedens. …

Nicht einmal zwei Milliarden Dollar wurden ermöglicht, um den Flutopfern in Pakistan zu helfen, aber 300 Milliarden für den Krieg im Nachbarland. Bei solchen Proportionen macht man sich nicht beliebt sondern verhasst, und das mit Grund. Wir haben da nichts zu suchen ... →



Doch der Krieg in Afghanistan wird geführt für die beiden Erdöl-Pipelines, und um den Fuß in die Tür zwischen Indien und China zu bekommen, aus rein geostrategischen Gründen. Weltmachtansprüche verdienen aber nicht den fortgesetzten Mord von Menschen. … Wollen wir denn eines Tages über den blutverschmierten Teppich von Tausenden von Menschenleichen gehen?

Dieser Krieg ist ein Verbrechen und er ist nicht zu gewinnen ... Die NATO mischt sich überall ein, wo sie nichts verloren hat, in der permanenten Gier nach Öl, Bauxit, Uran und was sie alles meint zu brauchen für ihren Selbsterhalt. Uns gehört aber nicht die Welt. Immer noch sollten wir die Menschen, die da wohnen fragen, ob wir bei ihnen auch willkommen sind...

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik, für die Herr Guttenberg heute steht, ist von Grund auf verlogen, weil sie humanitär begründet wird, aber kapitalinteressiert militaristisch dabei ist, die Welt in ein globalisiertes Schlachtfeld zu verwandeln ... Die Jugendlichen werden verführt .… man spielt die Partitur: „Wir müssen Helden sein!"

Doch wir müssen den Jugendlichen sagen: ihr werdet Euch nicht verdient machen für das Vaterland. Sondern man macht euch zu bezahlten Auftragsmördern, und dem solltet Ihr Euch verweigern!"

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, i.A. Claus Schreer ■

Militärreklame erreicht fast eine Million Jugendliche

Fast eine Million Jugendliche haben Jugendoffiziere und Wehrdienstberater der Bundeswehr im vergangenen Jahr mit ihrer Werbung erreicht. Das teilte das Verteidigungsministerium auf Anfrage der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit. „Das systematische Werben um junges Kanonenfutter ist unvereinbar mit humanitären Grundsätzen", so die Abgeordnete. „Jugendoffiziere konnten voriges Jahr vor rund 139.000 Schülerinnen und Schülern im Unterricht auftreten, um ihnen die Auffassungen der Bundeswehr über ‚Sicherheitspolitik' darzulegen. Zusätzlich konnten Wehrdienstberater in Vorträgen vor 197.000 Schülerinnen und Schülern versuchen, diesen eine Karriere als Zeitsoldat schmackhaft zu machen. Auf Messen und Ausstellungen wurden nach offiziellen Angaben außerdem 590.000 Jugendliche erreicht. An Truppenbesuchen nahmen 22.000 ‚Zielgruppenangehörige' der Nachwuchswerber teil. Insgesamt haben die PR-Arbeiter der Bundeswehr demnach knapp 950.000 Jugendliche direkt beworben. Die Sorge der Bundeswehr um ihren Nachwuchs muss riesig sein, wenn sie Schulen als Rekrutierungsstätten missbraucht. Angesichts der Tragik von Kindersoldaten weltweit ist dies geradezu obszön. Schulen verletzen zudem elementare Bildungsprinzipien, wenn sie das Thema Sicherheitspolitik einseitig von Reklameagenten des Militärs darlegen lassen. Die Zahlen zeigen allerdings auch, dass die Nachfrage nach Vorträgen speziell von Wehrdienstberatern rückläufig ist – um genau ein Drittel. Die Bundeswehr sorgt mit ihren makabren, bisweilen tödlichen Ritualen selbst dafür, dass ihre Nachwuchssorgen nicht abreißen. Und solange sie nicht von ihrem Kriegskurs lässt, tun Jugendliche gut daran, einen weiten Bogen um sie zu machen."

Die Antwort der Bundesregierung ist auf meiner Homepage abrufbar: **www.ulla-jelpke.de** ■

600 Menschen protestieren gegen Nazi-Propaganda!

HAMBURG. An der kurzfristig genehmigten Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR) am 12.2. auf dem Jungfernstieg nahmen 600 Menschen teil, während die Hamburger NPD weniger als 50 Nazis, teilweise extra von außerhalb angereist, mobilisieren konnte. Die wenigen Nazis auf dem Gänsemarkt wurden von der Polizei isoliert. Ca. 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten ist es gelungen, zu den Polizeiabsperrungen zu gelangen und lautstark die Nazi-Hetze zu übertönen.

Erfolgreich war der antifaschistische Protest in doppelter Hinsicht: Erst in der Nacht zum Samstag hatte das Oberverwaltungsgericht einer Klage des HBgR in allen Punkten Recht gegeben. Innensenator Heino Vahldieck (CDU) hatte versucht, die Antifa-Kundgebung an den Rand der Innenstadt zu verlegen und dazu völlig überzogene Prognosen in den Medien lanciert und mit einem Großaufgebot der Polizei und einem neuen 1,1 Mio. teuren Wasserwerfer gedroht. Das OVG stellte nun fest, dass antifaschistischer Protest in unmittelbarer Nähe der Nazis berechtigt ist und dass die Staatsschutzabteilung der Polizei seit Jahren unglaubwürdige Einschätzungen bezüglich linker Demonstrationen in der Hamburger Innenstadt liefert. Mit dem seit Innensenator Ronald Schill faktisch bestehenden Innenstadt-Verbot für linke Demonstrationen wird hoffentlich ab jetzt Schluss sein.



FotoArchivKollektiv

Gestern jedenfalls protestierte ein breites Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen und Menschen sowohl auf der Kundgebung, wie auch direkt an den Absperrgittern gegen die braune Hetze der NPD.

http://www.keine-stimme-den-nazis.org/ ■

…und steht erstmals bei 20 % Wahlabsichten in den Vorwahlumfragen. Unterdessen setzt Nicolas Sarkozy auf die glorreiche Idee, eine neue „Islamdebatte" (mal wieder!) zu initiieren… Brandgefährlich !

Frankreich:
Marine Le Pen sahnt ab

Einen gestrengen Lehrer hat die neue Parteivorsitzende des französischen Front National (FN), Marine Le Pen, offenkundig – relativ – zufrieden gestellt. Der rechtsextreme Gelehrte und Menschenrechts-Kritiker Alain de Benoist, der bislang gegenüber Parteien im Allgemeinen und dem FN im Besonderen als hochgradiger Skeptiker auftrat, hat ihr jedenfalls jüngst öffentlich Pluspunkte zugesprochen.

Bis vor Kurzem hatte de Benoist sich eher vornehm aus den Niederungen der Parteipolitik herausgehalten, trotz einer (verhüllten doch erkennbaren) Unterstützung für die Anführer der rot-braun und nationalrevolutionär geprägten „Antizionistischen Liste" bei den Europaparlamentswahlen 2009, Alain Soral und Dieudonné M'bala M'bala. Dem FN hatte er jedoch lange Jahre hindurch so Einiges vorgeworfen. Etwa primitiven Chefkult, einen viel zu simplen Rassismus – Stichwort: „Sündenbock Ausländer" statt eines (durch de Benoist propagierten) „Ethnopoluralismus", der die „Differenzen" positiv hervorhebt und dabei auch die „kulturelle Identität" der Anderen unterstreicht, um sie gegen „Vermischung" zu verteidigen – und Theorielosigkeit.

Doch in der Ausgabe der nationalrevolutionär ausgerichteten, 14-täglichen Zeitung ‚Flash' vom 27. Januar 11 verleiht de Benoist nun plötzlich der neuen Parteivorsitzenden Marine Le Pen relativ gute Noten. Und dies ist erstaunlich, denn gerade Marine Le Pen kehrt einer Ausrichtung im Sinne des „Ethnopluralismus" (auf eine „getrennte Entwicklung" der Kulturen hin) den Rücken, um eine Orientierung gegen den „Hauptfeind Islam" zu übernehmen.

Im Rahmen der rechtsextremen Theoriedebatte, in der sich Befürworter einer Linie „gegen den Hauptfeind Islam" ihren scharfen Kritikern – die von einer Anpassung an die US-amerikanische Linie des ‚clash of civilizations' und dadurch einer „Unterordnung unter die Neue Welt-Ordnung" sprechen – gegenüber stehen, dürften Marine Le Pen und Alain de Benoist eher an entgegen gesetzten Enden stehen. De Benoist zählte folgerichtig zu jenen Vertretern der französischen extremen Rechten, die am 13. April 2010 in Paris mit dem Botschafter der Islamischen Republik Iran zusammentrafen.

Hingegen gehört Marine Le Pen im Europäischen Parlament dem Ausschuss für „Freundschaftsbeziehungen zwischen dem Europaparlament und Israel" an. (Auch wenn ihr die Teilnahme an einer Delegationsreise in den Staat Israel, im Jahr 2005, unter Verweis auf antisemitische Sprüche ihres Vaters und damaligen Parteivorsitzenden verweigert wurde.) Beides sind Ausflüsse der jeweiligen Orientierung in internationalen Fragen.

Nunmehr skizziert Alain de Benoist in den Spalten von ‚Flash' eine Linie der, sozusagen, „kritischen Unterstützung" für Marine Le Pen und den neuen Kurs des FN. Am selben Ort erklärt er auch, noch nie im Leben bei Wahlen für den FN gestimmt zu haben. Nun aber interessiere ihn die Neuausrichtung der Partei. Der rechtsextreme Philosoph und Chefdenker der Theoriefabrik der „Neuen Rechten" – wie sie in den 1970er Jahren hieß, heute ist sie nicht mehr so neu und bestreitet selbst, überhaupt rechts zu sein – in Gestalt des GRECE argumentiert dazu folgendermaßen: „Es gibt drei neue Elemente" im Diskurs der neuen Chefin der Nationalfront: „Ihre betonte Kritik am Wirtschaftsliberalismus und der Macht des großen Geldes; ihre sehr jakobinische Kritik am ‚Kommunitarismus' (Anm.: soll bedeuten, an angeblichen Sonderinteressen der Moslems); und schließlich eine Kritik an der ‚Islamisierung', die mir mehr und mehr den Platz der (bisherigen) Kritik an der Immigration einzunehmen scheint."

Das erste dieser drei Elemente, betont de Benoist, „unterstütze ich". Hingegen lehne er die anderen beiden ab. Dazu führt er aus: „Man kann die Pathologien der Einwanderung kritisieren, ohne die Einwanderer – die in mancherlei Hinsicht selbst ihre Opfer sind – zu attackieren. Hingegen kann man nicht die ‚Islamisierung' kritisieren, ohne die Muslime zu stigmatisieren. Dies bedeutet ferner auch, widernatürlichen Allianzen die Türe zu öffnen, deren Vervielfachung man zur Zeit beobachtet; mit der Auswirkung, dass die islamophobe Rechte und extreme Rechte dabei sind, ein Bestandteil der Strategie Israels zu werden."

Dabei hatte Alain de Benoist sicherlich auch die gemeinsame Israel-Reise von österreichischer FPÖ, belgisch-flämischem Vlaams Belang, „Pro Deutschland" und den „Schwedendemokraten" – auf der Suche nach einem Persilschein als Philosemiten – aus der ersten Dezemberwoche 2010 im Blickfeld.

Doch am neuen Kurs Marine Le Pens interessiert ihn offenkundig vor allem die vordergründig „soziale", anti-wirtschaftsliberale und (betont) protektionistische Ausrichtung. Diese hat Marine Le Pen tatsächlich in ihrer Kongressrede, ihrer ersten Ansprache als neue Vorsitzende, vom Sonntag den 16. Januar 2011 sehr stark in den Vordergrund gerückt.

Alain de Benoist, dem es offenkundig darum geht, dass die extreme Rechte auf Dauer den Marxismus von seinen historischen Grundlagen verdrängen soll, genügt dies noch nicht. Er führt an derselben Stelle aus, „auch das Wahlprogramm des FN von 2007" sei „noch sehr wirtschaftsliberal" gewesen. Obwohl damals dem FN, der sich im Jahr 2007 in einem Abwärtssog befand – u.a. weil der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy kurzfristig eine starke Anziehungskraft auf seine früheren Wählern ausübte –, vor allem seine Arbeiterwäh-

→



Soest. Über 1000 Soester Bürger haben am Samstag, 12. Februar gegen einen Aufmarsch von Neonazis demonstriert. Die Nazis hatten zu einer Demonstration aufgerufen, nachdem bei einem Streit auf einer Party ein Jugendlicher von einem 17-Jährigen mit Migrationshintergrund erstochen worden war. Rund hundert Rechte – vorwiegend aus dem Ruhrgebiet und dem Münsterland – folgten dem Aufruf. Das Foto zeigt den Aufmarsch der Neonazis. Foto: K. Richert

lerschaft blieb. (Ihr mittelständischer Anteil wurde zu dem Zeitpunkt tatsächlich weitaus stärker durch Sarkozy abgeworben, als der Unterklassen-Anteil an der rechtsextremen Wählerschaft.)

Nunmehr stellt Alain de Benoist – wirklich ein strenger Lehrer! – Marine Le Pen die Kopfzerbrech-Aufgabe, sie möge zukünftig über „Klassenverhältnisse“ sprechen und „die Logik des Profits und der Kapitalakkumulation“ durchblicken und angreifen. Ungefähr so, als weise er einen Schüler in Deutsch und Englisch an, doch, bitte schön, bis morgen seine Aufsätze auf Italienisch verfassen... Aber nein, so weit geht de Benoist Anliegen denn noch nicht. Es soll auch nur so *klingen*, als sei es irgendwie links, marxistisch oder jedenfalls „sozial“. Der Urgrund soll natürlich rechts bleiben.

„Eine Alarmschwelle wurde überschritten“

Unterdessen hat ihr betont „sozialer“ und wirtschaftspolitische Themen ansprechender Diskurs offenkundig bei Teilen des Publikums und der Wählerschaft bereits voll „eingeschlagen“. Sicherlich auch vor dem Hintergrund der Krise des Sarkozy-Regimes, das im Kontext verbreiteter sozialer Unzufriedenheit und auch in Anbetracht neuer Affären und Skandale – etwa die engen Beziehungen von Regierungsmitgliedern (Außenministerin und Premier), welche auch mit persönlicher Vorteilnahme verbunden waren, zu den soeben gestürzten Diktaturen in Tunesien und Ägypten betreffend – allmählich Verwesungsgeruch auszuströmen beginnt.

Erstmals erreichte Marine Le Pen in der vergangenen Woche in Umfragen einen Wert von 20 % (zwanzig Prozent) in den Wahlabsichten der französischen Stimmbürger/innen, genau vierzehn Monate vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen. Der Vorsitzende der neben der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP mit regierenden Kleinpartei „Neues Zentrum“ (NC), Ex-Verteidigungsminister Hervé Morin, sprach am vorigen Freitag von einer „Alarmschwelle“, die überschritten worden sei. (Vgl.1)

Vor diesem Hintergrund nun hat Staatspräsident Nicolas Sarkozy den glorreichen Einfall entwickelt, auf den 5. April dieses Jahres eine Debatte – in Form eines Kolloquiums der Regierungspartei UMP – zum Thema „Islamdiskussion“ anzuberaumen. (Vgl. 2)

Offiziell lautet das Thema eigentlich „Der Platz der Religionen“. Alle wissen aber ganz genau, was gemeint und beabsichtigt ist. Anlässlich seines Fernseh-Auftritts am 10. Februar und, deutlicher noch, vor UMP-Abgeordneten auf Besuch im Elysée-Palast am 16. Februar ließ Nicolas Sarkozy es diesbezüglich nicht an Deutlichkeit vermissen: Es wird ausschließlich oder quasi so gut wie ausschließlich um die Rolle der moslemischen Religion in Frankreich gehen.

Bei seiner TV-Ansprache stellte er etwa die Suggestivfrage: „Welches sind die Grenzen, die wir dem Islam setzen? Es kommt nicht in Frage, dass wir eine französische Gesellschaft haben, die einen Islam in Frankreich erleidet.“ (Den „Islam IN Frankreich“ setzt er in seiner Rhetorik einem „Islam AUS Frankreich“, der ordentlich angepasst sei und in dessen Moscheen gefälligst ausschließlich auf Französisch gepredigt wird, entgegen.)

Das Ganze garnierte Sarkozy mit einem Statement über das „Scheitern des Multikulturalismus“, das in quasi identischer Wortwahl auf jenes von Angela Merkel vom Oktober 2010 sowie dasjenige des britischen Premierministers David Cameron aus der ersten Februarwoche folgt.

Marine Le Pen hat das Vorhaben einer solchen Debatte sogleich und eilfertig öffentlich „begrüßt“. Und sich bei der UMP „bedankt“, mit den Worten: „Noch eine kleine Anstrengung (Anm.: seitens der Konservativen), und wir sind bei 25 Prozent!“ (3)

Wahlbündnis: Rechtskonservative – FN – ‚Bloc identitaire' in Nizza

Zuvor hatte Marine Le Pen am 4. Februar 11 einen Abstecher nach Nizza unternommen, wo sie ein neuartiges Wahlbündnis einfädelte.

Zu den bevorstehenden Bezirksparlamentswahlen vom 20. und 27. März wird dort eine gemeinsame Liste auf der extremen Rechten antreten, auf der sowohl der FN als auch der bisher bitterlich mit ihm zerstrittene Bloc identitaire wie auch Rechtskonservative antreten werden. Bei den letztgenannten Partnern handelt es sich um den Anhang des früheren Bürgermeisters von Nizza, Jacques Peyrat (von 1995 bis 2008 konservatives Stadtoberhaupt), der allerdings zuvor bis Ende 1994 auch langjähriges Mitglied des Front National und früherer Militärkumpan von Jean-Marie Le Pen war.

Bei den Kommunalwahlen im März 2008 war Peyrat, der zuvor eine eigene Liste gegen die konservativ-wirtschaftsliberale UMP – welcher er zuvor angehörte – und ihren „offiziellen“ Kandidaten Christian Estrosi aufgestellt hatte, gegen Letzteren in der Stichwahl unterlegen. Damals hatte Peyrat im zweiten Wahlgang 25,5 Prozent erhalten, gegenüber 41,33 Prozent für Sarkozys Minister Christian Estrosi. Hinter ihm und einer sozialdemokratischen Liste landete Peyrat damals auf dem dritten Platz.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/02/18/97001-20110218FILWWW00448-2012-fnsondage-cote-d-alerte-franchie.php

2 Vgl. zu den ersten Meldungen diesbezüglich http://www.lefigaro.fr/politique/2011/02/16/01002-20110216ARTFIG00690-sarkozy-souhaite-fixer-des-regles-a-l-islam-en-france.php und http://www.francesoir.fr/actualite/societe/islam-sarkozy-lance-un-debat-pour-avril-74063.html

3 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/marine-le-pen-encore-un-effort-de-l-ump-et-le-fn-atteindra-25_102207.html

Gedenk-Ort, gewidmet den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Schweinfurt

SCHWEINFURT. Zwangsarbeit war lange ein Tabu-Thema in der Öffentlichkeit. Inzwischen stellen sich viele Städte und Firmen der Vergangenheit. Auch in Schweinfurt prägte die menschenverachtende Sklavenarbeit für die Rüstung das Leben in der Zeit des Krieges. Die „Initiative gegen das Vergessen“ will einen Erinnerungsort für Zwangsarbeiter bauen. Auf dem ehemaligen Lagergelände sollen drei Lindenbäume einen Raum schaffen, der eine halbkreisförmige Steinbank einfasst und einen Ort des Nachdenkens und Erinnerns bildet. Auf die Sitzfläche wird der erste Satz des Grundgesetzes »Die Würde des Menschen ist unantastbar« eingemeißelt. Der Entwurf stammt vom international bekannten Künstler herman de vries. Die Realisierung mit ihm wird sicher dieses immer noch schwierige Thema würdig darstellen.

Dieser Gedenk-Ort stellt den Endpunkt eines Weges dar, der an den großen Lagern der Industriebetriebe in Oberndorf entlang führt. Informationstafeln mit Dokumentarmaterial und einem Zeitzeugen-Schicksal sollen die Zusammenhänge aufzeigen. Die Bereitschaft der Stadt, das Vorhaben zu unterstützen, wurde vom Oberbürgermeister bereits bekundet.

Die zeitliche Umsetzung ist für das Jahr 2011 angestrebt. Mit diesem Schritt setzt die Initiative auch einen Punkt unter die jahrelange Recherchen zur Erforschung der Zwangsarbeiter-Schicksale in Schweinfurt. Zur Finanzierung werden erhebliche Mittel benötigt, die durch Spenden, aber auch durch Zuschüsse und Sachleistungen erbracht werden sollen. Jeder Beitrag dafür ist willkommen: ideelle Unterstützung,Werbung, Spenden von Organisationen, Firmen und Einzelpersonen …

Initiative gegen das Vergessen – Zwangsarbeit in Schweinfurt ■

Unser Spendenkonto: Kulturwerkstatt Disharmonie – »Gedenk-Ort«, Sparkasse Schweinfurt Konto 2022, BLZ 793 501 01. Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden. Sie können sich über unsere Arbeit informieren: www.zwangsarbeit-schweinfurt.de
Wir sind zu erreichen unter: zwangsarbeit@web.de

Bootsflüchtlinge aus Tunesien

Angesichts mehrerer tausend Flüchtlinge aus Tunesien auf der italienischen Insel Lampedusa fordert PRO ASYL: Die Bootsflüchtlinge müssen mit europäischer Unterstützung menschenwürdig aufgenommen werden. Vor dem Hintergrund der prekären Sicherheitslage müssen Asylanträge sorgfältig geprüft werden. Zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses sollten Wege der regulären Migration eröffnet werden.

„Die Europäische Union hat nunmehr die Chance, sich auf die Seite der Demokratiebewegung in Nordafrika und der Menschenrechte zu stellen, nachdem man jahrelang korrupte Diktatoren in Tunesien, Ägypten und anderswo bei der menschenverachtenden Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer hofiert hat", so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. „Europa darf diese verhängnisvolle und bornierte Politik gegenüber Flüchtlingen und Migranten nicht fortsetzen".

Die Sicherheitssituation in Tunesien ist weiterhin unübersichtlich. Am Wochenende wurde über Schießereien um den Präsidentenpalast und die Nationalbank berichtet. Wer faktisch die Macht wo im Lande hat, wird sich erst noch herausstellen. In dieser fortdauernden Situation der Unsicherheit verbietet es sich, Tunesier, die ihre Heimat verlassen, ohne Prüfung abzuschieben.

Die revolutionären Umwälzungen in Nordafrika erinnern zumindest teilweise an den Fall des „Eisernen Vorhangs" 1989. Viele Menschen aus Osteuropa haben damals die neu gewonnene Freiheit genutzt, um den schwierigen Verhältnissen in ihren Ländern zu entgehen. Letztendlich aber blieben die Zahlen der Migranten und Flüchtlinge aus der Region weit hinter den prognostizierten Millionenzahlen zurück.

Italien benötigt zwar Unterstützung. Gründe für die aktuelle Notstandsrhetorik der Regierung Berlusconi gibt es aber nicht. Nachdem man über Jahre hinweg mit der gestürzten tunesischen Regierung Ben Ali Abschiebungshaftanstalten in Tunesien gebaut hat und das Regime zur Grenzabschottung ausgerüstet und ermuntert hat, werden die Forderungen des rechtspopulistischen Innenministers Maroni nach dem Einsatz italienischer Polizisten oder einer neuen FRONTEX-Mission in Tunesien verständlicherweise als Affront empfunden. Der Sprecher der Übergangsregierung in Tunis, Taïeb Baccouche, hat dies bereits klargestellt und den Vorschlag verortet: Er komme von einem Minister der italienischen rassistischen extremen Rechten.

Aus Sicht von PRO ASYL muss die Forderung nach einem Regimewechsel und Demokratisierung in der Region einhergehen mit der grundlegenden Überarbeitung der europäischen Kooperationspolitik mit nordafrikanischen Transitstaaten. Tunesien braucht jede erdenkliche Hilfe der EU bei dem schwierigen Übergangsprozess zur Demokratie. Dazu gehört neben Nothilfemaßnahmen auch das Angebot regulärer Migrationsprogramme.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 14. Februar 2011 ■

Diktatoren-Ende ist Dämpfer für europäische Abschottungspolitik

Berlin. „Das Ende der Diktatoren in Nordafrika ist ein Dämpfer für die europäische Abschottungspolitik", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke weiter:

„Italien hat, wie andere europäische Staaten auch, eng mit den Diktatoren in Nordafrika kooperiert. Neben den Profitinteressen der europäischen Wirtschaft ging es dabei auch immer um die Kontrolle der Migration. Die nordafrikanischen Diktatoren waren und sind willige Verbündete in Europas Kampf gegen die Flüchtlinge. Auch von der neuen Regierung in Tunesien wird nun gefordert, dass sie die eigenen Bürger an der Ausreise Richtung Europa hindert. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte, die jedem garantieren, das eigene Land verlassen zu dürfen.

Nun wird auch der Ruf nach einem weiteren Soforteinsatzteam der europäischen Abschottungsagentur FRONTEX laut. Es steht zu befürchten, dass sich auch die Bundespolizei an einem solchen Einsatz beteiligt. DIE LINKE fordert das Bundesinnenministerium auf, im Innenausschuss des Bundestages hierzu Bericht zu erstatten."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

AK Asyl fordert Aufnahme von 100 Tunesiern via Luftbrücke Lampedusa–Stuttgart

Baden-Württemberg. Während in Stuttgart nach überstandener Konjunkturkrise und Rekorderlösen der großen Unternehmen der Wohlstand herrscht, herrscht auf der kleinen Mittelmeerinsel Lampedusa der blanke Notstand. Der AK Asyl meint, die erschütternden Bilder aus Lampedusa erfordern schnelles Eingreifen. AK Asyl Sprecher Werner Baumgarten: „Im Straßenverkehr würde man die gelben Jacken der Rettungsengel überstreifen, um Menschen aus Lebensgefahr zu retten. Wer ignorant wegsieht und vorbeifährt, würde wegen unterlassener Hilfeleistung angezeigt. Deshalb meinen wir, ist europäische Solidarität gefragt und die Lastenteilung bei der Notaufnahme gestrandeter Bootsflüchtlinge."

Der AK Asyl weist darauf hin, dass die Einhaltung der Menschenrechte ihren Preis haben, ideell und materiell. Denn dort heißt es verpflichtend in Artikel 14: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen." Die bisherige vorbehaltlose Freude über den Zusammenbruch arabischer Diktaturen erfährt ihren ersten Lackmustest beim Umgang mit den nach dem Wegfall der inhumanen und unfairen Grenzkontrollen übers Meer nach Europa Geflüchteten.

Der AK Asyl äußert in einem Brief an OB Dr. Wolfgang Schuster die Bitte, in Europa voranzugehen, über Schatten zu springen, Stuttgart ins Licht der spontan gezeigten Humanität zu rücken und mit Hilfe einer spontan eingerichteten Luftbrücke 100 Bootsflüchtlinge aus Lampedusa in leerstehende Stuttgarter Unterkünfte zu holen.

AK Asyl: „Wenn Europa 10 000 Menschen aus dem Irak holen kann, müsste auch die Rettung einiger Bootsflüchtlinge aus Lampedusa möglich sein."

Wie bei seiner ersten Aktion vor zwei Jahren will der AK Asyl zur Unterstützung seiner Aktion wieder Unterschriften sammeln. Damals kamen in wenigen Wochen mehr als 400 Unterschriften zusammen, 750 Kinder und Jugendliche in Stuttgart aufzunehmen.

PM AK Asyl, 11. Februar 2011 ■

Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig

Berlin. Der Berliner Flüchtlingsrat hat am 19. Januar 2011 eine Podiumsdiskussion veranstaltet, bei der die Frage der möglichen Verfassungswidrigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes im Mittelpunkt stand. Bei dieser Gelegenheit hat Dr. Ralf Rothkegel, ehemaliger Richter am Bundesverwaltungsgericht, die Folgen des Hartz IV-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes für die Beurteilung der Verfassungskonformität des Asylbewerberleistungsgesetzes deutlich gemacht und in seinem Beitrag erläutert, in welchen Punkten das Asylbewerberleistungsgesetz seiner Meinung nach verfassungswidrig ist. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hatte bereits eingeräumt, dass es die Festlegung von Asylbewerberleistungen für verfassungswidrig hält. Man wartet dort allerdings auf die politische Einigung zu den Hartz IV-Sätzen.

Quelle: www.proasyl.de ■

Flüchtlinge hinter Gittern

In den Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht (ANA-ZAR) Heft 5/2010 schreibt Rechtsanwalt Rolf Stahmann

(Berlin) über „Flüchtlinge hinter Gittern – Tipps zur Verhinderung". In schlichten Worten beschreibt er den Massenmissbrauch des Asyls von Seiten des Staates: Wenn ein echter Flüchtling seine Fluchtgründe geltend machen will, wird er zunächst einmal eingesperrt. Eine Fülle von Manipulationsmöglichkeiten ergibt sich für die Behörden, obwohl die Genfer Konvention im Prinzip bestimmt, dass ein Flüchtling wegen unerlaubter Einreise nicht bestraft werden darf. Dies gilt sogar für Schutzsuchende, die später nicht anerkannt werden. Die Verbiegung dieses Grundgedankens durch den Gesetzgeber, Behörden und Gerichte sowie das Dublin-System ist ein Massenphänomen, das gleichwohl in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt ist.

Quelle: www.proasyl.de ■

Hammarberg rügt Abschiebungshaft für Kinder

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, hat die verbreitete Praxis als inhuman kritisiert, Kinder und Jugendliche zur Sicherung einer Abschiebung zu inhaftieren. Sie stehe im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention, die Inhaftierung von Minderjährigen nur als letztes Mittel und unter strikter Berücksichtigung des Kindeswohls zulässt.

In seiner Mitteilung vom 8.2.2011 weist Hammarberg darauf hin, dass die negativen psychischen Auswirkungen von Abschiebungshaft für Minderjährige besonders gravierend seien. Vor allem unbegleitete Flüchtlingskinder seien schutzbedürftig. Derzeit gebe es noch nicht einmal verlässliche Statistiken über den Umfang der Inhaftierung Minderjähriger; Berichte von UN-Stellen und Nichtregierungsorganisationen deuteten aber auf routinemäßige Freiheitsentziehungen hin. Auch gebe es in den europäischen Staaten - im Gegensatz zum Strafrecht - kein Mindestalter, unter dem eine Inhaftierung per se unzulässig sei. Infolgedessen seien etwa in Frankreich im Jahr 2009 insgesamt 368 Kinder und Jugendliche mit einem Durchschnittsalter von acht Jahren zeitweise in Abschiebungshaft gewesen.

Als positives Beispiel einer Alternative zur Abschiebungshaft hob Hammarberg hervor, dass in Belgien seit 2008 die Möglichkeit besteht, Familien mit Kindern zur Vorbereitung ihrer Ausreise in offenen Einrichtungen unterzubringen, wo ein Behördenmitarbeiter mit ihnen Perspektiven für eine Rück- oder Weiterwanderung erarbeitet. Die Inhaftierung ganzer Familien könne mit diesem Modell ebenso vermieden werden wie die – auch in Deutschland praktizierte – Familientrennung durch Inhaftierung nur eines Elternteils.

Hammarberg rief dazu auf, die Inhaftierung von Flüchtlings- und Migrantenkindern zu beenden und dies als ersten Schritt für die generelle Minimierung des Einsatzes von Abschiebungshaft, auch gegenüber Erwachsenen, zu sehen.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst ■

Roma-Treffen 2011 – mit Zuversicht für Bleiberecht

Hannover. Das 1. Roma-Treffen 2011 fand am Sonntag (06.02.)in Hannover statt. Bürgermeisterin Lange und Probst Tenge begrüßten das Treffen im Kulturzentrum Pavillon.

Über 80 TeilnehmerInnen aus mehreren Städten und Regionen in Niedersachsen, aus Bremen, Hamburg, Magdeburg und Berlin waren zu dieser Beratung über Strategien im Streit um ein Bleiberecht gekommen. Neben einem Rückblick auf die Aktivitäten 2010 und einem Ausblick auf die verschiedenen geplanten Protest- und Lobby-Aktionen 2011 fand ein reger Austausch zwischen Angehörigen der Roma-Minderheit, Partner-Organisationen der Roma-Selbstorganisationen aus der Mehrheitsgesellschaft sowie ExpertInnen und Interessierten statt.

„Wir kämpfen weiter für ein humanes Bleiberecht" – diese Erklärung stand am Anfang und – mit neuem Mut – am Ende der Tagung.

Quelle: Roma Support Project 2010 ■

Trierer Stadtrat fordert Schließung des Ausreisezentrums

Einstimmig bei vier Enthaltungen hat der Trierer Stadtrat eine Petition an die Landesregierung zur Schließung der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (Lufa) in Trier-Nord verabschiedet. Dort sind Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, bis zu ihrer Ausreise untergebracht.

Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen) begründete den Antrag ihrer Fraktion unter anderem mit der „unverhältnismäßig langen Unterbringung, die als Schikane und strafähnliche Maßnahme" zu betrachten sei.

Auf Vorschlag von Hermann Kleber (FWG) wurde der Antrag leicht verändert: Statt die Schließung zu fordern, bittet der Rat die Landesregierung in Form einer Petition darum. Diesem Kompromiss mochte Einzelratsmitglied Johannes Verbeek nicht folgen: Er sprach sich für die ausdrückliche Aufforderung ans Land aus, den Bewohnern der Lufa ein Bleiberecht in Deutschland zu gewähren.

Bei der Abstimmung über den geänderten Grünen-Antrag enthielten sich Verbeek und die drei anwesenden FDP-Fraktionsmitglieder. Alle übrigen Ratsmitglieder stimmten zu.

Eine Gruppe aus dem Publikum hatte während der Debatte mit hochgehaltenen Zetteln („Nie wieder Lufa") für die Schließung der Einrichtung demonstriert.

Quelle: AK ASYL Rheinland-Pfalz

3.2.2011 ■

Ausländerbehörden kaufen sich von hilfsbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen frei

Berlin. „Die Ausländerbehörden in Deutschland kaufen sich von hilfsbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen frei" kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Bundestag die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/4591) zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen in Deutschland.

Die Abgeordnete weiter: „Die kommunalen Ausländerbehörden sind für die Feststellung von Abschiebungshindernissen zuständig. Zu diesen Hindernissen zählen physische und psychische Erkrankungen, die bei einem Abbruch der Behandlung zu schweren gesundheitlichen Schäden oder Gefahren für das Leben führen können.

Zur ‚Vermeidung von verwaltungsgerichtlichen Feststellungen von Abschiebungshindernissen', wie die Bundesregierung schreibt, übernehmen deshalb Ausländerbehörden bis zu zwei Jahre lang die Behandlung im Herkunftsland der Betroffenen. Mit anderen Worten: ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Betroffenen werden die formalen Anforderungen an die Abschiebefähigkeit erfüllt. Was nach den zwei Jahren geschieht und ob die Behandlungsmöglichkeiten im Herkunftsland nur annähernd mit denen in Deutschland vergleichbar sind, ist den Behörden egal.

Gerade für Menschen mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) ist eine Abschiebung ein Eingriff mit ungewissem Ausgang. Sie werden aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen, die stabilisierende Beziehung zum behandelnden Arzt fällt ersatzlos weg. Der enorme Stress führt zu Suizidgefahr oder löst schwere Erkrankungen aus. Im Umgang mit psychisch oder physisch Kranken muss im Aufenthaltsrecht endlich humanitären Gedanken der Vorzug vor der ordnungsrechtlichen Durchsetzung von Ausreisepflichten gegeben werden."

Die vorläufige Fassung der Antwort der Bundesregierung steht unter:

http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1850

zum Download bereit.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Lager Blankenburg wirklich schließen – jetzt!!!

Niedersachsen. Vor fast einem Jahr haben Flüchtlinge aus Blankenburg in einem offenen Brief die dezentrale Unterbrin-

gung aller Flüchtlinge gefordert, sobald das Land Niedersachsen die ZAAB schließen wird.

Inzwischen ist viel zu viel Zeit unvertan verstrichen. Die Schließung der Landesunterkunft auf dem Gelände des Kloster Blankenburgs steht unmittelbar bevor. Die Stadt Oldenburg muss ab Sommer 2011 ca. 320 Flüchtlinge unterbringen, nachdem sie über Jahre hinweg durch die Existenz der Landesunterkunft Blankenburg vor den Toren der Stadt von dieser Auflage befreit war.

Das Land Niedersachsen ist zu keinerlei Verhandlung bereit (z. B. erst nach und nach Flüchtlinge zuzuweisen), da Innenminister Schünemann sich freut der Stadt zurückzuzahlen, dass sie während des Flüchtlingsstreiks 2006 die Unterbringung in Blankenburg als inhuman kritisiert hatte. Zynischer Weise plant nun die Stadt selbst, Blankenburg „vorübergehend" für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen, da es nicht genügend billigen Wohnraum gäbe. „Vorübergehend" bedeutet zur Zeit drei Jahre, weil sich der Eigentümer sonst nicht auf Investitionen einlassen würde. Abseits von der Öffentlichkeit wird in den Stadtausschüssen diskutiert, was in Blankenburg verändert werden muss, damit es als städtische Unterkunft für Flüchtlinge genutzt werden kann (z. B. Küchen einzubauen).

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Flüchtlinge in dieser abseits gelegenen Massenunterkunft Isolation, Ausgrenzung und Entrechtung ausgesetzt sind!

Wir befürchten, dass jeder Cent, der in die weitere Nutzung von Blankenburg als Sammelunterkunft für Flüchtlinge gesteckt wird, zu einer dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen in diesem inhumanen, isolierenden Lager führen wird.

Die aktuell noch in Blankenburg lebenden Flüchtlinge, leben seit Monaten mit der Unklarheit, ob, bzw. wann sie umverteilt werden. Viele wurden bereits transferiert, in andere teils noch katastrophalere Unterkünfte, wie z. B. das Abschiebelager Bramsche. Aktuell gibt es die ungesicherte Information, dass alle Bewohner_innen Blankenburg bis zum 1. April verlassen müssen, ungeachtet dessen, ob sie soziale Kontakte in Oldenburg haben, die sie nicht verlassen möchten, oder nicht.

Obwohl sich Flüchtlinge bereits vor einem Jahr an die zuständigen Stellen in der Stadt und in Parteien gewandt haben, wurden sie bislang nicht gehört. Auf den offenen Brief gab es so gut wie keine Reaktionen, ebenso wenig wie auf Fragen oder Bitten um aktuelle Informationen.

Ohne massiven Druck aus der Stadt wird sich daran nichts ändern!!!

Jetzt endlich hat sich ein Bündnis von Gruppen aus der Stadt zusammengeschlossen, welches die Forderungen der Flüchtlinge lautstark unterstützen will, doch das Bündnis muss noch lauter, brei-



Köln. Der Schriftsteller Dogan Akhanli, dessen Verhaftung in der Türkei und der Kampf um seine Freilassung bundesweit Schlagzeilen gemacht hatte (wir berichteten), trug sich auf Einladung Oberbürgermeister Roters am Donnerstag, dem 10. Februar ins Goldene Buch der Stadt Köln ein. Akhanli bedankte sich für die Unterstützung und schrieb: „Als ich Deutscher werden wollte und einen Einbürgerungsantrag stellte, schrieb ich: Köln, wo meine Familie und ich eine Heimat gefunden haben, ist meine Lieblingsstadt geworden. Wenn man mich fragt, woher ich komme, dann sage ich, ich komme aus Köln." ■

: neuerscheinungen, ankündigungen

Gladys Ambort: Wenn die anderen verschwinden, sind wir nichts.

Autorenlesung in der Schanzenbuchhandlung in Hamburg, 22. März 2011, 20.00 Uhr
Eintritt: 3 Euro

Gladys Ambort ist als 17jährige junge Linke, zu Zeiten der Todesschwadrone der Isabel-Peron-Regierung, in Argentinien verhaftet worden. Während ihrer Haft putschte das Militär, welches am Ende über 30 000 Menschen ermorden ließ.

Glady Ambort erlebte in dieser Zeit verschiedene Formen der Isolationshaft. Nach drei Jahren, am 8. Januar 1978, kam sie auf Vermittlung des Internationalen Roten Kreuz frei und konnte nach Frankreich ausreisen. Auf einer Pressekonferenz in Paris, zusammen mit Simone de Beauvoir, gab sie den ersten Bericht über die Haft, über das Verhältnis der Gefangenen untereinander und über das Erleben einer jungen Frau, deren Jugend mit dem Tag ihrer Inhaftierung beendet worden war.

Ihr Buch, mehr als 30 Jahre später, ist ein detaillierter Bericht über die verschiedenen Stufen der Hölle, deren Ziel es ist, das Eigene des rebellierenden Individuums zu brechen und zu vernichten, damit eine ausbeuterische Gesellschaftsordnung ihre Herrschaft fortsetzen kann.



Das Buch wird von der Autorin auf der Leipziger Buchmesse (17. März – 20. März 2011) vorgestellt. Unmittelbar danach findet die Lesung in der Schanzenbuchhandlung statt. ■

**Gladys Ambort: Wenn die Anderen verschwinden, sind wir nichts. Mit einem Vorwort von Osvaldo Bayer, ISBN: 978-3-942281-94-2
Ca. 220 Seiten, 19,90 EUR**

Prekarisierung und „Rechtspopulismus"

Thomas Lührs Buch über „Prekarisierung und ‚Rechtspopulismus'. Lohnarbeit und Klassensubjektivität in der Krise", welches jüngst im PapyRossa-Verlag erschienen ist, hebt sich positiv von anderen, den „Zusammenhang zwischen den objektiven Veränderungen in der Arbeitswelt und dem Erstarken des ‚Rechtsextremismus' bzw. ‚rechtspopulistischer' Einstellungen" (S. 8) zu ergründen suchenden, Arbeiten ab. Der Grund liegt unter anderem darin, dass Lühr die sich aus genanntem Zusammenhang ergebenden Anknüpfungspunkte „für ‚rechtspopulistische' bzw. (neo-)faschistische Parteien und Bewegungen" (ebenda) und das so „wachsende[…] autoritäre[…] bzw. antidemokratische[…] Potential" (S. 9) auf der Basis der monopolkapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse – und des sich so ergebenden Verständnisses des Klassenkampfes als gesellschaftliches Triebmoment – problematisiert. Hiermit folgt Lühr dem von Reinhard Opitz vertretenen Strang der westdeutschen Faschismusforschung. So erinnert der Kölner PapyRossa-Verlag mit der Veröffentlichung von Lührs, an der Universität Marburg vorgelegten, Diplom-Arbeit auch an Opitz als einen der wichtigsten, aber häufig übersehenen Faschismusforscher im Jahr der 25. Wiederkehr seines Todestages (3. April 1986).

Nach einer Darstellung des Forschungsstandes zur Frage der Prekarisierung von Lohnarbeit, die hier aus polit-ökonomischer Perspektive auch als „Reproletarisierung der Lohnabhängigen" (S. 22) und – mit Bezug auf Pierre Bourdieu – als „Herrschaftsform" (S. 25) begriffen wird, legt der Autor eine kritische Auseinandersetzung mit den derzeit dominanten Erklärungsansätzen zum Zusammenhang von „Arbeitserfahrungen und nationalistisch-ausgrenzenden Orientierungen von Lohnabhängigen" (S. 28-38) vor, die (wie auch die anderen Elemente seiner Arbeit) mit den jeweiligen praktischen Implikationen und Schlussfolgerungen für die demokratische und antifaschistische Arbeit verbunden wird.



Die Darstellung und Analyse der Ausformungen des, gemeinhin als „Klassenbewusstseins" bezeichneten, Phänomens der „Klassensubjektivität" seit der Nachkriegszeit (S. 57-77) sowie die vergleichende Darstellung der Entwicklungen seit der Jahrtausendwende (S. 78-97) leiten über zum, dem subjektwissenschaftlichen Ansatz Klaus Holzkamps folgenden, Schlussteil der Arbeit (S. 98-128). Zusammenfassend werden dort „rechtspopulistische" Orientierungen als „der durchaus rationale Versuch lohnabhängiger Menschen, ihre personale Handlungsfähigkeit unter ihnen generell bedrohlich erscheinenden Gesellschaftsbedingungen zu sichern" (S. 125) bezeichnet und dieser „Versuch" in das Phänomen der „Bewusstseinsfalsifikation" eingeordnet, da sich die Folgen „gegen die (objektiven) Interessen der Lohnabhängigen insgesamt richte[n]" (ebenda). Der Autor unterstreicht hierbei eindringlich, dass die (in regelmäßigen Abständen medienwirksam öffentlich bemühten) „rechtspopulistischen" Potenziale bereits jetzt, das heißt auch ohne „neue Rechtspartei", eine konkrete Gefahr darstellen, die die Stärkung einer „demokratische[n] (außerparlamentarische[n]) Opposition" (S. 126) nötig macht.

Lührs stark theoriegestützte Schrift fasst nicht nur prägnant den derzeitigen „state of the art" in der Wissenschaftsdiskussion zu den Themen „Prekarisierung" und „Klassensubjektivität" zusammen, was dem Buch als einführenden Wegweiser in den jeweiligen Forschungsstand dieser Gebiete eigentlich einen Platz in jeder Hochschulbibliothek sichern sollte, sondern verdient auch und gerade von einem Publikum ohne wissenschaftliche Ausbildung gelesen zu werden; konkret könnten vor allem Demokraten und Antifaschisten, denen es an einem Verständnis für die Ursachen des Entstehens antidemokratischer Potenziale in der derzeitigen monopolkapitalistischen Gesellschaftsformation gelegen ist, fruchtbare Impulse für ihre Arbeit aus Thomas Lührs' Veröffentlichung ziehen. Das Problem des „hilflosen Antifaschismus" (Haug) stellt sich immer wieder neu, gerade in Zeiten ideologischer Diversion, wo – unter anderem – kulturalistische und totalitarismustheoretische Denkfragmente wichtige öffentliche und wissenschaftliche Diskussionen bestimmen. Lühr hat mit „Prekarisierung und ‚Rechtspopulismus'" einen notwendigen Baustein zur Lösung des Problems geliefert.

Phillip Becher ■

Lühr, Thomas: Prekarisierung und „Rechtspopulismus". Lohnarbeit und Klassensubjektivität in der Krise. PapyRossa-Hochschulschriften 86, Köln: PapyRossa-Verlag 2011, 136 Seiten, 14 Euro

Alfred Schellenberger – Antifaschistischer Kampf und Überlebenszeichen aus Lichtenburg und Buchenwald

Als vor knapp zwei Jahren Anneliese Schellenberger, die Tochter von Alfred und Charlotte Schellenberger, zum ersten Mal davon sprach, dass es Briefe von ihren Eltern aus der Haftzeit gebe, konnte noch niemand ermessen, welcher historische Schatz sich dahinter verbarg. Nun liegen die Ergebnisse der intensiven Erschließung dieser und zahlreicher weiterer Quellen und Dokumente über das Leben des Antifaschisten und Kommunisten Alfred Schellenberger als Buch vor. Unter dem Titel „... einen bescheidenen Beitrag geleistet" haben Horst Gobrecht und Ulrich Schneider eine 250-seitige Dokumentation über „Alfred Schellenberger – antifaschistischer Widerstand und Briefe aus den Konzentrationslagern Lichtenburg und Buchenwald" herausgebracht.

Hierin zeichnen die Autoren anhand von Dokumenten aus Archiven und Bildern, autobiographischen Aufzeichnungen von Alfred Schellenberger selber und ausführlichen Berichten seiner Mitstreiter, Akten der faschistischen Verfolgungsbehörden und Erinnerungen seiner Tochter Anneliese, die „Episoden aus meiner Kindheit und Jugend" beisteuerte, seinen Weg in den antifaschistischen Widerstand, seine Verfolgung und Haftzeiten sowie seine Haltung in der „Nacht des Faschismus" nach.

Alfred Schellenberger war kein prominenter Antifaschist, wenngleich ihn die Gestapo zeitweilig als Organisator des kommunistischen Widerstands bezeichnete. Er war eher ein „normaler" Vertreter des Arbeiterwiderstandes, wie es ihn – auch wenn diese in heutiger Zeit oftmals „vergessen" werden – im faschistischen Deutschland tausendfach gab. Es begann in Wiesbaden, wo Alfred Schellenberger in den Reihen kommunistischer Widerstandsgruppen gegen den Vormarsch und die Etablierung der faschistischen Herrschaft kämpfte. Später wurde er in den Konzentrationslagern Esterwegen, Sachsenburg, Lichtenburg und Buchenwald eingekerkert, bevor er 1939 entlassen seiner Familie nach Leipzig folgen konnte. Dort setzte er ungebrochen seinen Widerstand fort, war verantwortlich in den Reihen



des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, das ein illegales Netzwerk auch in Sachsen aufgebaut hatte, und wurde dafür von der faschistischen Justiz angeklagt und zum Tode verurteilt. Sein Überleben ist eng mit den dramatischen Ereignissen des 13. Februar 1945 in Dresden verbunden, die ihm das Leben und die Freiheit brachten.

Im Zentrum des Buches stehen über 50 Briefe, die sich Alfred Schellenberger und seine Frau Charlotte in den Jahren der Haftzeit schrieben. Sie zeigen die private Seite von Alfred Schellenberger, der in der sich immer länger hinziehenden Haftzeit seiner Frau, die mit zwei kleinen Kindern alleine zurecht kommen musste, Mut und Zuversicht zusprach, obwohl seine eigene Situation alles andere als optimistisch war. Seine Briefe zeigen aber auch, wie es ihm gelang, selbst unter den Bedingungen der faschistischen Zensur politische Nachrichten an Angehörige und Freunde zu übermitteln. Und die Briefe sind ein Spiegelbild der Lagerrealität dieser Zeit, indem Schreibverbote, Zensurvermerke oder andere Einschränkungen oder liberale Handhabungen der Vorschriften die Situation in den jeweiligen Konzentrationslagern verdeutlichten. Selbst der Abschiedsbrief von Alfred Schellenberger nach dessen Verurteilung zum Tode ist überliefert und in diese Dokumentation eingeflossen.

Aus all diesen Dokumenten und Briefen, in denen unter den Bedingungen der faschistischen Zensur und der Verfolgung teilweise nur Alltäglichkeiten formuliert werden konnten, sprechen Lebensmut, Widerstandswillen und die politische Überzeugung, dass ein besseres, ein antifaschistisches Deutschland nur sozialistisch sein könne.

Sein Überleben war eng verbunden mit seinem antifaschistischen Widerstand und daher war es nur konsequent, dass er sich nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus aktiv für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in Leipzig einsetzte. Ob in Funktionen der Stadtverwaltung, als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dimitroff-Museum oder als Parteisekretär an der Hochschule für Musik, der gelernte Betriebselektriker übernahm die Aufgaben, die in der entstehenden DDR gesellschaftlich gefordert waren. Er starb vor fast 50 Jahren im Februar 1963. Seine Biographie, sein alltäglicher Mut, sein Überlebenswillen und seine Standhaftigkeit für seine Ideale sind es, die heutigen Lesern und Nachgeborenen großen Respekt abnötigen.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V. ■

Ulrich Schneider/ Horst Gobrecht, „... einen bescheidenen Beitrag geleistet“. Alfred Schellenberger – antifaschistischer Widerstand und Briefe aus den Konzentrationslagern Lichtenburg und Buchenwald, herausgegeben von der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V., 250 Seiten, zahlreiche Fotos, GNN-Verlag, Schkeuditz 2011, 16,50 Euro, ISBN 978-3-89819-349-7

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Außenpolitik mit zweierlei Maß

Junge Freiheit Nr. 7/11 vom 11. 2.2011

Die aktuellen Aufstände in den nordafrikanischen Ländern und das Agieren der Bundesregierung und der Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden am 13. Februar 1945 führen das Blatt zu sehr unterschiedlichen Bewertungen von Außenpolitik. Zur bundesdeutschen Außenpolitik kommentiert das Blatt: „Und man muss kein Analytiker sein, um die Auswirkungen politischer, ethnischer oder religiöser Spannungen in Arabien an deutschen Zapfsäulen und damit im eigenen Portemonnaie zu spüren. Eine vernünftige Realpolitik sieht sich hier in der Pflicht, und das ist alles andere als unmoralisch … Wenn aus Gründen der Energieversorgung die Messlatte an das russische Presserecht nicht allzu hoch angelegt wird – d'accord. Das ist eben Realpolitik. Wenn jedoch lange, vielleicht allzu lange am ägyptischen Despoten Mubarak festgehalten wurde, weil das Gegenteil sonst einen ‚Teil der deutschen Staatsräson‘ (Angela Merkel), dem Existenzrecht Israels, abträglich gewesen wäre, was ist das dann? Etwa auch Realpolitik? ... Das kann man allerdings nur moralisch, nicht realpolitisch begründen.“ Die außenpolitischen Vorstellungen des Blattes stammen aus einer Zeit, in der Bismarck Reichskanzler war und in der das deutsche Kaiserreich bedenkenlos Kriege in Kauf nahm und sie führte – bis zum ersten Weltkrieg. Das „deutsche“ Interesse muss vorne stehen – wenn es allerdings um die Bewertung des zweiten Weltkriegs mit den Angriffen der Alliierten auf Nazi-Deutschland geht, wird den Alliierten kein „reales“ Interesse zugestanden, sondern dann soll der Bombenangriff auf Dresden zum Völkermord stilisiert werden. Da gilt dann nicht mehr kühle „Realpolitik“, sondern dann beschwört das Blatt schwülstig „kreatürliches Trauerbedürfnis“: „Nachpubertäre Selbsterfahrungsspiele und Widerstandsgesten, die nichts kosten, am Jahrestag eines mörderischen Schlachtfestes und unter Beteiligung staatlicher Repräsentanten sind Symptome eines Kollektivwahns. Tatsächlich ist aus dem politisch-ideologischen Konflikt längst ein klinischer Fall geworden. Ursächlich ist die Kluft zwischen dem kreatürlichen Trauerbedürfnis und der Logik der offiziellen Vergangenheitsbewältigung …“ Dass die Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen unter dem Titel „Recht auf Gedenken – der Wahrheit eine Gasse“ weit entfernt vom Trauerbedürfnis ist, ficht das Blatt nicht an. Ebenso wenig die Tatsache, dass Trauer Bestandteil der Protestaktionen gegen eben diese Demonstration war – die Beteiligten trauerten allerdings um alle Opfer dieses von Nazideutschland angezettelten Krieges.

uld ■

Die rechte Geschichte der FDP

Im Unterschied zu seinem Vorgänger „Nation & Europa“, das seine offen neofaschistische redaktionelle Linie nie zu verbergen versuchte, gibt sich „Zuerst!“ als auf den ersten Blick seriöses „Deutsches Nachrichtenmagazin“, das in seiner Aufmachung an „Focus“ und „Spiegel“ erinnern möchte. Auch das Titelthema des Februarheftes „Totalstau – Deutschlands Weg in den Verkehrsinfarkt“ wirkt eher bieder bürgerlich und könnte auch vom ADAC stammen. Erst eine genauere Betrachtung des Heftes macht die Rechtsaußenlinie des Blattes deutlich. Da darf die als Interview mit dem Veranstalter aufgemachte Werbung für die zentrale Neonazidemonstration in Dresden („Wie und wo können sich Kurzentschlossene, die nach Dresden kommen wollen, noch informieren?“) an prominenter Stelle nicht fehlen. Und in einem Leserbrief bedankt sich der wegen der Ermordung mehrerer „Geiseln“ als Kriegsverbrecher in Italien einsitzende ERICH PRIEBKE artig für die Unterstützung der Redaktion: „Nach all dem Schmutz der früheren Zeiten meines Hierseins in italienischen und deutschen Zeitungen nun so eine prächtige und wahrheitsgemäße Reportage!“.

Auf vier Seiten setzt sich Chefredakteur GÜNTHER DESCHNER unter der Überschrift „Fast drei Prozent – Der Niedergang einer Partei, die vor 65 Jahren unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot antrat“ mit der FDP auseinander, die nicht immer eine Guido-Westerwelle-Spaßpartei war, sondern auf eine stramm rechte Geschichte zurückblicken kann. Deschner schildert offen, wo er die Liberalen gerne sähe: „Nimmt man noch das Thema ‚Integration‘ (unkontrollierte Massenzuwanderung aus allen Winkeln der Erde) hinzu und ergänzt man es mit dem Appell an die Deutschen, sich endlich wieder als Nation zu fühlen und sich ihrer Stärken zu besinnen, hätte sich ein zugkräftiges Profil ergeben. Hätte man nur ein Thema aus diesem Katalog der Chancen besetzt, dann hätte man aus der Partei der Beliebigkeit eine national-liberale Partei mit Profil machen können, die aus der Rolle der Mehrheitsbeschafferin endlich heraustritt. Ein Blick über die Grenzen nach Österreich, zur liberalen Schwesterpartei FPÖ hätte gezeigt, daß und wie so was geht“.

Inhaltlich will es Deschner stramm rechts und unternehmerfreundlich: „Bei rund 40 Prozent Nichtwählern in der Bundesrepublik, dem Frust breiter bürgerlicher Kreise, die eine Wende in der Einwanderungspolitik und die Entlastung der Leistungsträger wollen, die stärkere Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Prinzipien bei der Eindämmung der Sozialetats und die Verhinderung der von der EU angestrebten Transferunion zu Lasten der deutschen Steuerzahler...“. Anders ausgedrückt: Steuerentlastungen für Reiche bei weiterer Sozialdemontage.

Interessant, weil heute selbst unter Antifaschist(inn)en kaum mehr bekannt, sind seine Ausführungen zur Vergangenheit der FDP: „Wer weiß heute noch, daß die Freie Demokratische Partei bis weit in die 50er Jahre hinein zu zahlreichen Landtagswahlen und zu den ersten beiden Bundestagswahlen von 1949 und 1953 mit nationalen Zielen und Parolen antrat: ‚FDP – Die Partei der nationalen Sammlung‘ oder ‚Rechts ran! Wählt FDP‘ – das waren liberale Wahlparolen aus dieser Zeit.... Am 4. Februar 1946 (vor 65 Jahren) verkündete die FDP in NRW – noch unter Besatzungsrecht! – in ihren Richtlinien unter anderem, daß sie unter schwarz-weiß-rot antreten und ‚für die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches wirken‘ wolle. Erster Geschäftsführer wurde kurz darauf übrigens der Ritterkreuzträger und Major a.D. Erich Mende...“.

Aber es ging nicht nur um eine rechte Programmatik sondern, vor allem in Nordrhein-Westfalen, um die Organisation zahlreicher ranghoher Altnazis: „Middelhauve (der damalige FDP-Chef in NRW – tri) und die FDP bemühten sich um die Soldaten, die den Zweiten Weltkrieg mitgemacht hatten, weil, wie er sagte ‚diese Generation nicht verlorengehen‘ dürfe. Er knüpfte aber auch Kontakte zu Persönlichkeiten, die im nationalsozialistischen Staat hohe Ämter bekleidet hatten. Der bekannteste von ihnen war Werner Naumann, einst Staatssekretär bei Reichsminister Goebbels und jetzt Geschäftsführer einer Im- und Exportfirma in Düsseldorf. In der Landeshauptstadt organisierte Naumann einen rechtskonservativen Gesprächszirkel, der sich unter teilweise konspirativen Umständen in verschiedenen Hotels traf. Zu ihm gehörte auch Hans Fritzsche, bis zur deutschen Kapitulation Chefkommentator des Großdeutschen Rundfunks. Unterstützt und hoffähig gemacht wurde dieser Zirkel vor allem durch den angesehenen Essener Rechtsanwalt Ernst Achenbach, der vor 1945 in den Diensten des Auswärtigen Amtes gestanden hatte, und jetzt über ausgezeichnete Kontakte zur Industrie verfügte und in Essen zu den Mitbegründern der FDP gehörte. Naumann behauptete später, Achenbach sei es gewesen, der sich vehement für eine Eingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in den neuen demokratischen Staat und die Parteien ausgesprochen habe“.

„Das ‚deutsche Programm‘ des Nordrhein-Westfalen-Vorsitzenden Dr. Friedrich Middelhauve sollte Grundlage für eine aus der FDP hervorgehende ‚nationale Sammlung‘ werden, die in die ganze Bundesrepublik ausstrahlte. Die neue FDP stellte sich bewußt in diese Tradition. Bis in die fünfziger Jahre standen etliche ihrer Landesverbände weit rechts von der CDU/CSU. Sie warben nicht nur um bürgerliche Wähler, sondern mit nationalen Positionen und Parolen auch um die ehemaligen NSDAP-Mitglieder und waren in ihren eigenen Strukturen selber stark mit ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzt. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen bestanden die FDP-Abgeordneten sogar darauf, im Parlament rechts von der CDU zu sitzen“.

ALEXANDER SCHNELL berichtet unter dem Titel „Pioniere im Eis – Deutsche Wissenschaftler erforschen seit mehr als 150 Jahren das ewige Eis“ auch über die „Deutsche Antarktische Expedition 1938/39“: „Die deutsche Antarktisforschung hatte damals primär wirtschaftlichen Charakter, man war unter anderem auf der Suche nach Bodenschätzen. Diese Mission war dabei alles andere als NS-Propaganda, wie es heute ‚politisch korrekt‘ gerne dargestellt wird.“

Der Grafiker, der die vorliegende Ausgabe layoutet hat, hat diesen Absatz offenbar überlesen – nur zwei Seiten weiter platzierte er eine Anzeige für ein Buch mit dem Titel „Mythos Neuschwabenland – Für Hitler am Südpol: Die deutsche Antarktisexpedition 1938/39“. Politisch korrekt eben. *tri* ■